

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem Illustrirten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weiskerberggasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 151.

Breslau, Freitag, 30. Juni 1893.

4. Jahrgang.

Abonnements-Einladung

auf die

„Volkswacht“.

Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Schlessens, Posens und der Nachbarprovinzen.

Das Proletariat Breslaus und der Provinz hat einen bedeutenden Sieg errungen; einen Sieg, der die Gegner kopflos macht und ihnen die Ueberzeugung aufdrängt, daß die arbeitende Bevölkerung viel erreichen kann, wenn sie geschlossen gegen den Feind kämpft. Als die schneidigste Waffe, das beste Agitationsmittel hat sich während des Wahlkampfes unsere Presse erwiesen und viele der in ihr enthaltenen Körnchen Wahrheit sind auf einen fruchtbaren Boden in den Herzen der Leser gefallen.

Wenn wir mit gerechtem Stolz, Schlessen als die Hauptstütze der deutschen Socialdemokratie bezeichnen, so wird unsere Provinz binnen Kurzem die Hochburg werden, wenn das socialdemokratische Organ, die „Volkswacht“, die weiteste Verbreitung in allen Schichten der Bevölkerung findet.

Die „Volkswacht“ vertritt allein die Interessen des Arbeiter-, Bauern- und kleinen Beamtenstandes, indem sie durch die Macht des gedruckten Wortes für eine Besserstellung derselben in pecuniärer und wirtschaftlicher Beziehung eintritt. Denn nur durch die Verbreitung der socialdemokratischen Blätter resultirt unsere Macht.

Darum Handwerker, Arbeiter, Bauern, Unter-

beamten abonnirt auf ein Volksblatt, die „Volkswacht“. Aber auch an alle Genossen in Stadt und Land ergeht die Aufforderung, für unser schlessisches Organ zu agitiren, so viel in ihren Kräften steht, damit Licht und Aufklärung in die großen Schichten der Bevölkerung getragen werde. Möge die „Volkswacht“ den Feinden des arbeitenden Volkes ein Schrecken, allen Freunden ein willkommenes Gast sein.

Der Abonnementspreis beträgt für die Tagesausgabe mit dem Illustrirten Unterhaltungsblatt durch die Post bezogen vierteljährlich 3,10 Mk. excl. Bestellgeld (Postzeitungsliste Nr. 6683), bei den Colporteurs pro Woche 25 Pf.

Der Abonnementspreis für die Wochenausgabe mit dem Illustrirten Unterhaltungsblatt beträgt bei den Colporteurs pro Woche 10 Pf., durch die Post bezogen excl. Abtrag vierteljährlich 1,30 Mark (Postzeitungsliste Nr. 6684).

Redaktion und Verlag der „Volkswacht“.

Ein Zollkrieg mit Rußland?

Ein neuer russischer Maximal-Zolltarif ist am 25. Juni vom amtlichen „Journal de St. Petersburg“ (Petersburger Zeitung) veröffentlicht worden. Dieser Tarif ist so hoch, daß er für viele Waaren einen Sperrzoll bedeutet. Wie das officiöse Telegraphenbureau meldet, enthält er folgende Sätze:

„Ein Zollausschlag von 30 Procent wird im Maximaltarif auf folgende Waaren gemacht: Kartoffelmehl, Stärke, Mandelklee, Früchte und Beeren (frische, getrocknete und eingekochte), Pasteten, Conserven, Trüffel, Tabak, Cigarren, Conditorenwaare, Arac, Rum, Liqueure, Traubenweine, moussirende und nichtmoussirende Weine, Käse, Fisch

(marinirt, gefalzen, geräuchert, außer Häringen), Austern, Leim, bearbeitetes Haar, Wachs, Ledertabiriate, Korkeholz, Holzfabrikate, Korbmacherarbeit, bearbeitete u. unbeatete Steine, Asbest, Alabaster, Gips, Polirstoffe, Lösserwaare, Fayence, Porzellan, Glasfabrikate, Gummi, Kautschuk, (ebenso Fabrikate daraus), Schwefel, Weinkeln, Blausäure, Chromsalze, Aluminium-Beize, Schwefelsäure Mauererde, Natron, Kalk, Gipspulver, Chloralkali, Säuren, schwefelhaltige Kohlenstoffe, Bitriol, Lapis Brechstein, Medicamente, Aether, Pflanzenöle, Kosmetica, Seife, Gerbstoffe, Berliner Blau, Kupferfarben, Farbstoffe, Gold-, Silber- und Platinfabrikate, Kupfer-, Eisen-, Stahl- und Blechfabrikate, Eisen-, Stahl- und Kupferdraht, Nadeln, Messer, Waffen, Senfen, Sichel, Handinstrumente, Maschinen u. Apparate, Locomotiven, Locomobilen, landwirtschaftliche Maschinen, Waagen-Apparate, Brillen, Uhren, musikalische Instrumente, Equipagen, Waggons, Schiffe, Schreibwaaren, Baumwollgarn, Seide, Seidenfabrikate, Wolle, Baumwollgewebe, Stricke, Seile, Jute- und Leinwandstücke, Leinwand, Battist, Bettdecken, Materialien zum Weben und Stricken, Schnur, Band, Tüll, Spitzen, Wäsche und Kleidung, Damenhüte, Damen-Kopfpuck, Hüte, Mützen, Schirme, Knöpfe, bearbeitete Federn, Glasperlen, Galanterie- und Toiletten-sachen, Pulver.

Ein Zollausschlag von 20 Procent setzt der Maximaltarif vorzugsweise auf folgende Waaren fest: Reis, Gemälde, Weintrauben, Anis, Nüsse, Senf, Lorbeer, Sichorien, Caffer, Cacao, Labak in Blättern, Honig, Hefe, Fruchtsaft, Essig, Fleisch (Ruh-, Schafschmalz, gefalzenes, geräuchertes, gedörrtes Fleisch, Würste), Dungstoffe, getrocknete Knochen, Kissen, Matratzen, Schwamm, thierische Felle, bearbeitete und unbearbeitete Häute, Pelzwerk, Holz, lebende und getrocknete Pflanzen, Baumaterialien, Ziegel, einfache Lösserwaare, Carbonsäure, Colophonium, Asphalt, Petroleum, Terpentinöl, Borax, Spath, Ammoniak und Ammoniak-Präparate, Arsenik, Opium, aromatische Wasser, Laak, Kreide, Indigo, Cochenille, Blei- und Zinkweiß, Eisenblech, Stahl, Kupfer, Aluminium, Nickel, Blei, Zinn, Zink, bearbeitetes Gußeisen, Eisen- und Stahlschienen, emaillierte Gußeisengefäße und -Fabrikate, Lettern zum Buchdruck, Fabrikate aus Blei, Zinn, Zink, Bronzimpulver, Lumpen und Papiermasse, Cellulose, ungelämmte und ungepönnene Wolle, Baumwoll-Watte, Wollen- und Halbwoollen-Gewebe.

In harter Schule.

Roman von Gustav Sime.

49] Nachdruck verboten.

Leontine gehörte bei aller Ruhe und Kälte, die sie als ein Product ihrer aristokratischen Erziehung zur Schau trug, doch zu jenen leidenschaftlichen Charakteren, die vom Moment fortgerissen sich sehr schnell zu einer Handlung entschließen können, die aber nachher darüber reflectiren, grübeln und „die Kugel, die sie geworfen, während sie noch im Rollen ist, gern in ihrem Lauf aufhalten möchten. Sie hatte während der Fahrt wenig Gelegenheit, mit ihrem Begleiter zu reden, denn Gringmuth hatte, um jedes Aufsehen zu vermeiden, kein besonderes Coupee verlangt, sondern mit ihr in einem noch von anderen Passagieren besetzten Coupee zweiter Klasse Platz genommen. Dennoch sah ober empfand er instinctiv sehr genau, was in Leontines Seele vorging, und er benutzte den ersten Moment des Alleinseins, um in seiner halb spöttischen Weise zu ihr zu sprechen:

„Nun, Fräulein, bei welchem Acte der Tragödie, in welcher Sie die Rolle des Opfers, ich die des Henkers spiele, sind Sie in Ihrer Phantasie jetzt angelangt?“

Sie sah ihn betroffen an.

„Ich wüßte nicht, daß ich Ihnen durch eine Aeußerung Veranlassung zu einer derartigen Vermuthung gegeben hätte, Herr Gringmuth.“

„Man spricht nicht nur in Worten,“ versetzte er. „Ich habe mich gewöhnt, eben so viel und oft noch mehr aus dem Schweigen als aus dem Reden der Leute zu entnehmen, selbst wenn ich nicht in den Mienen und Bewegungen einen Commentar zu meinen Beobachtungen finde.“

„Und was haben meine Mienen und Bewegungen Ihnen verrathen?“ fragte sie lebhaft.

„Sie haben mir verrathen, daß Sie fürchten, von mir in einen Hinterhalt gelockt zu sein. Ich kann mir ja vielleicht die Belohnung verdienen wollen, die auf den Nachweis Ihres jetzigen Aufenthalts ausgeschrieben ist.“

„Das wissen Sie?“ fuhr Leontine auf.

„Ich habe den Ausruf vor einigen Tagen gelesen, ohne ihn zu beachten,“ antwortete er ruhig, „nachdem ich Sie gesehen und Einiges von Ihrem Schicksal erfahren habe, fiel er mir wieder ein. Meinen Sie nun, ich brauchte, um Sie in das Haus des Herrn Baron zurückzubringen, einen solchen Umweg mit Ihnen zu machen? Der Weg von der Alexanderstraße bis zum Pariser Platz ist näher und würde directer zum Ziele geführt haben.“

Sie schwieg, sein Beweisgrund war überzeugend, beschwichtigte aber ihre Angst nicht.

„Sie fürchten nicht allein die Auslieferung an Ihren Vater, Sie haben noch einen anderen Verfolger,“ fuhr er fort, als lese er ihre Gedanken.

„Es nützt nichts, Ihnen etwas verbergen zu wollen, Sie wissen Alles!“ rief sie, von einer Art

abergläubischer Furcht vor ihrem seltsamen Begleiter erfaßt.

„Ich kann Sie nicht zwingen, Vertrauen zu mir zu haben,“ sagte er ernster, aller Spott war aus seinem Tone und seinen Mienen geschwunden, „aber ich wünschte, Sie könnten das Mißtrauen überwinden um Thretwillen.“

„Wie kann ich je wieder glauben und vertrauen, da ich in so unerhörter Weise betrogen und hintergangen worden bin!“ rief sie.

„Haben Sie sich auch schon ganz ernstlich geprüft, wie weit Sie dabei einen Selbstbetrug geübt haben?“ fragte er ruhig.

Sie senkte die Augen zu Boden; welche eigenthümliche Art und Weise hatte dieser Mann, mit ihr umzugehen. Und er hatte Recht, hätten ihr Stolz und ihre Leidenschaftlichkeit sie nicht verblendet, wäre es dem Grafen nicht möglich geworden, sein unerhörtes Spiel mit ihr zu treiben. „Wer sagt mir aber, daß ich mich nicht wieder betrüge, indem ich mich Ihrer Leitung überlasse?“ fragte sie.

„Das muß Ihnen Ihr eigenes Nachdenken sagen,“ antwortete er streng. „Wäre ich ein sehr empfindlicher Mensch, so würde ich Ihnen jetzt das Anerbieten stellen, Sie dahin zu bringen, wo Sie hingebacht zu sein wünschen, und meine Genugthuung darin finden, daß Sie erklären, Sie wüßten nicht wohin und wollten mit mir gehen. Ich bin nicht so empfindlich, verzichte auf einen wohlfeilen Triumph und sage Ihnen ganz einfach: Es wäre gut für Sie, wenn Sie mir vor-

Wenn Waaren außereuropäischer Herkunft von einem europäischen Staate nach Rußland importirt werden, der Rußland nicht das Meistbegünstigungsrecht gewährt, so unterliegen diese einer Zollabgabe nach dem gewöhnlichen Tarif mit einem Aufschlag von 15 pCt.

Ueber die Herkunft der Waaren aus Ländern, die Rußland gegenüber das Meistbegünstigungsrecht genießen, sind den russischen Zollämtern Zeugnisse der russischen Consuln oder sonstige von Finanzministerium zu bestimmende Documente vorzulegen.

Der Tarif kann durch ministerielle Verfügung in Kraft gesetzt werden. Es handelt sich hier offenbar um eine Waffe der russischen Regierung im Kampfe um wirtschaftliche und politische Vortheile, sie benützt den Tarif, um einen günstigen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen. Die russischen Diplomaten treten in den Fußstapfen der schweizerischen Staatsmänner, die auch einen hohen Maximaltarif schufen, damit sie dann beim Abschluß von Handelsübereinkünften desto profitabler abschneiden konnten.*)

Rußland ist nur dem Beispiele gefolgt, das Bismarck 1879 gegeben hat, seine Schutzöllei spinnt denselben Faden und dieselbe Nummer. Nachdem Westeuropa sich durch Handelsverträge gebunden hat,

*) In der Begründung des Maximaltarifs führt die russische Regierung in einer Denkschrift, die in der „National-Zeitung“ mitgetheilt wird u. A. aus:

„Mit dem Jahre 1892 schlug die Zollpolitik der Westmächte eine neue Richtung ein, deren charakteristisches Merkmal hauptsächlich in der Festsetzung gegenseitiger Zollermäßigungen zu suchen ist, die sich auf eine ganze Reihe von Waarenkategorien beziehen, darunter auch auf Erzeugnisse der Exportwirtschaft, die bekanntlich den größten und wichtigsten Exportzweig Rußlands bilden. Diese in einzelnen Staaten neuerdings vertragemäßig eingeführten Minimaltarife haben keine Anwendung auf russische Erzeugnisse gefunden, so daß jetzt thatsächlich zum ersten Male viele russische Ausfuhrwaaren in Folge der ungleichen Einfuhrzölle dazwischen liegen. Diese Umstände haben eine Abweichung von dem doch nur billigen Princip der Gleichberechtigung auf dem Gebiete der internationalen Handelsbeziehungen hervorgerufen; sie mußten auf die den russischen Exporthandel während der Produktionsperiode um so nachtheiliger wirken, als Rußland unentwegt fortuhr, den Ländern, die den russischen Export den übrigen Exportländern gegenüber in eine so ungünstige Lage gebracht hatten, gleiche Einfuhrbedingungen mit den Ländern zu theilen zu lassen, welche Rußland das Meistbegünstigungsrecht gesichert haben. Bei dieser Lage der Dinge war die fernere Beibehaltung eines einseitigen autonomen Zolltarifs nicht mehr zulässig. Die russische Regierung sah sich vielmehr durch die Verhältnisse gezwungen, auch ihrerseits zur Aufnahme des Princips der Differentialzölle in die russische Zollgesetzgebung zu schreiten, nach welchem die gleichartigen Erzeugnisse der einzelnen Länder je nach den Gegenstandsständen, die dem russischen Export gemacht werden, verschiedenen Zollsätzen unterliegen. Dieser Maßregel liegt kein anderer Zweck zu Grunde als der: den wirtschaftlichen Interessen des Reiches einen billigen Schutz zu gewähren. Die Einführung eines doppelten Zolltarifs mit erhöhten Zollsätzen für die Waaren derjenigen Länder, welche dem russischen Export nicht das Meistbegünstigungsrecht zugestehen, und mit niedrigeren Zollsätzen für die Einfuhr aus den Ländern, welche Rußland das Meistbegünstigungsrecht gewähren, erwies sich demnach unumgänglich, einmal als rationelle Grundlage für eventuelle in Zukunft wünschenswerthe Handelsverträge und zweitens als eine billige Vorurung der Waareneinfuhr aus so den Ländern, welche bereits gegenwärtig Rußland die Meistbegünstigung zu Theil werden lassen.“

Dieser letzte Satz zeigt, daß die russischen Tarifpolitiker die gleiche Methode befolgten wie die schweizerischen, und daß sie geneigt sind zu Handelsverträgen.

war der Maximaltarif ein Mittel, sich gegen die Vereinsamung zu schützen und auf den Druck der Aussperrung durch den nachdrücklichen Gegenruck eines Maximaltarifs-Boykott zu antworten.

Neben dem Maximaltarif soll der bisherige Tarif nur als Minimaltarif und zwar bloß für Staaten gelten, die die russischen Erzeugnisse unter den günstigsten Bedingungen zur Einfuhr und Durchfuhr zulassen. Für alle übrigen Länder gilt der Maximaltarif. Kommt kein deutsch-russischer Handelsvertrag zu Stande, so gilt auch für Deutschland der Maximaltarif.

Wie wir gestern auf Grund der officiösen Wolffschen Nachricht meldeten, sind nun die Aussichten für den Abschluß eines deutsch-russischen Vertrags ungünstig, wir haben also mit der Möglichkeit eines Zollkrieges zu rechnen. Es ist von uns schon oft genug nachgewiesen worden, daß die deutsche Volksmasse der russischen Nahrungsmittelzufuhr, vor allem des russischen Roggens, bedarf. Liefert doch Rußland in normalen Zeiten neun Zehntel des vom Deutschen Reich gebrauchten ausländischen Roggens! Wir sind bei diesem nothwendigen Volksnahrungsmittel auf Rußland angewiesen.

Der Fortbestand des Fünfmartzoßs ist eine volksschädliche Ungerechtigkeit, jede Steigerung des Roggenzolls aber wäre ein verhängnisvoller Frevel an der Lebenskraft der großen Masse. Der § 6 des deutschen Zollgesetzes, der die Anwendung von Kampfmaßregeln behandelt, lautet:

„Waaren, welche aus Staaten kommen, welche deutsche Schiffe oder Waaren deutscher Herkunft ungünstiger behandeln, als diejenigen anderer Staaten, können, soweit nicht Verträgsbestimmungen entgegenstehen, mit einem Zuschlage bis zu 50 pCt. des Betrages der tarifmäßigen Eingangszollabgabe belegt werden. Die Erhebung eines solchen Zuschlages wird nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung angeordnet. Diese Anordnung ist dem Reichstag sofort oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem Zusammentritte mitzutheilen. Dasselbe ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Wird fürchten die Brotvertheurer gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag an, der „Bund der Landwirthe“ wäre nicht der Fachverein der Volksausungerer, wenn er nicht die Verbilligung des russischen Roggens für eine Todsünde erklärte und sie mit allem Eifer der Gewinnjucht bekämpfte. Was aus den Verbrauchern, den vielen Millionen kleiner Leute, was aus den zahlreichen Arbeiterschichten wird, die durch den von der Schutzollpolitik in erster Reihe verschuldeten Rückgang des Handels- und Verkehrs wesens in den preussischen Provinzen bereits in die drückendste Lage gerathen sind, das kümmert die Socialpolitiker der Junkerschaft, die nur um ihren Geldbeutel besorgt sind, keinen Pfefferling.

Der Ansturm der Steifleinenen des Divolitages ist offenbar, wie wir es vorausgesagt, nicht ohne bedeutungsvolle Wirkung auf das gute Herz unserer Nachhaber geblieben. Wenn der um das Wohlergehen der abgehausten Domänenpächter sich zärtlich mühende preussische Landwirtschaftsminister den verfrachteten Großpächtern Pachtzuschüsse und ein „angemessenes“ Existenz-Minimum sichert, so demüthigt sich die Reichsregierung dafür, daß die nothleidenden Großgrundbesitzer den Rahm des Differentialzollens abschöpfen können. Verkommen und lungenen derweilen die ausgejagten Consumenten, so

ist es doch immer ein Trost, daß die „Edelsten und Besten“ im gelobten Lande sind. Verlohnt es sich also nicht, den Handelsvertrag zu Falle zu bringen und einen Hungertarif — denn etwas anderes ist ein Kampfzolltarif nicht — einzuführen?

Sache der Vertreter des arbeitenden Volkes ist es, gegen diese neueste Mächenschaft des Großgrundbesitzes mit aller Kraft zu kämpfen. Kein Kampfzoll, kein Differentialzoll, zum mindesten Einführung des 3,50 Mark-Zakes auch für russisches Brotgetreide. Wie, sind die, die am Steuer sitzen, mit Blindheit geschlagen? Die Futternoth herrscht im Deutschen Reich, die Ernte ist nach dem letzten Saatenstands-Bericht sehr gefährdet, Preußen begnügt sich mit spakhaften Palliativen, jetzt, wo es dem Bauer an den Kragen geht und man denkt an ein Attentat auf Magen und Geldbeutel der Steuerzahler, wie es nicht ärger sein kann.

Wir haben das lebhafteste Interesse daran, daß der Lebensmaßstab der arbeitenden Bevölkerung, der kleinen Leute, nicht noch tiefer sinkt. Heute darbt und verkümmert die Arbeiterschaft. Soll sie nicht vollends reichend schnell verelenden und entarten, so gilt es, den schimpflichen Gelüsten des Agrarierthums den Riegel vorzustoßen. Denn der Pferdefuß des Junker Uran von Ostbrien schaut unter dem Mantel der Patrioterei, woren er sich gar zu gerne hüllt, nur zu deutlich hervor.

Entspinnt sich der mörderische Zoll-Krieg, so werden dadurch die Arbeitergruppen der deutschen Ausfuhr-gewerbe, die ihren Markt in Rußland haben, auf das ärgste heimgesucht. Bedient sich Rußland der Prohibitiv-(Verbots-)Zölle des Maximaltarifs, dann wird sicher ein Theil jener Ausfuhr-gewerbe lahmgelegt, es werden weniger Waaren erzeugt werden, die Geschäfte werden stocken, nicht wenige Betriebe werden feiern, zahlreiche Arbeiter werden entlassen, der Lohnsatz sinkt.

Die am Schwersten zu dulden haben, zahlen die Zollkriegskosten. Dies gilt für die Arbeiter der Ausfuhr-Industrien so gut wie für die große Mehrheit der deutschen Roggenbrotesser, für das werththätige Volk, für den Handarbeiter so gut, wie für den Krämer, für den Kleinbauern so gut wie für den kleinen Beamten.

St eine schutzöllnerisch-rückschrittliche Mehrheit im neuen Reichstage gesichert, dann wird das deutsche Volk in allernächster Zeit dafür büßen, daß es die Wahlschlacht nur halb gewonnen hat. Moloche Militarisismus leert ihm den Säckel und heischt unerbittlicher als der härteste Steuerbote die Blutsteuer, während zu gleicher Zeit, im Interesse des agrarischen Junkerthums, der Schmachtriemen den Consumenten enger gezogen wird.

Soll das lamunggeduldige Volk denn wirklich bluten bis aufs Weiße?

Politische Rundschau. Deutschland.

Versucht's doch! Mit politischen Strafmitteln droht die „Conservative Correspondenz“ der Opposition, wenn sie sich nicht zur Anerkennung einer den Conservativen angenehmen Gesetzesmacherei bequemen will. Zwar sucht das officielle conservative Organ den Social-

trauten, denn es ersparte Ihnen Stunden der Angst und der Sorge. Auf mein Verhalten hat die Meinung, die Sie augenblicklich über mich hegen, gar keinen Einfluß. Ich bringe Sie dahin, wo ich es für gut finde; Sie haben mich nicht umsonst dafür verantwortlich gemacht, daß ich Sie gezwungen habe, die süße Gewohnheit des Daseins noch beizubehalten.“

„Und wohin bringen Sie mich?“ fragte sie kleinlaut, völlig unterjocht von seinem Wesen.

„Zu guten Leuten, in einfache, natürliche Verhältnisse, alles Ubrige werden Sie mit eigenen Augen sehen, denn das Leben der beiden Frauen, die sich entschlossen haben, Sie bei sich aufzunehmen, liegt so klar und offen da, daß es einer vorheriger Einführung und Schöberung nicht bedarf. Doch da sind wir ja wieder in Berlin.“

Das Gespräch war auf der letzten Strecke der Fahrt geführt worden, während welcher die Beiden allein im Coupée geblieben waren. Jetzt hielt der Zug in der Einfahrtshalle und nach ganz kurzem Aufenthalt sah Gringmuth mit seiner Schutzhelmen in einer Droschke, deren Kutscher sich erst nach der Zustimmung eines Extratinkgeldes zu der ihm angebotenen sehr weiten Fahrt entließ. Kam die Fahrt dem Droschkenkutscher, der das Ziel kannte, weit vor, so dankte sie Leontine, die darüber völlig in Ungewißheit war, eine Erwileit. Es war dunkel, die Fenster der Droschke waren angelauten und gestatteten keinen Ausblick auf die Straßen, welche man passirte; bald schien es auch, als verlasse das Fuhrwerk die innere Stadt und

verfolge die außerhalb am Canal sich hinziehenden Quais.

„Sie müssen sich in Geduld fassen, der Weg ist weit,“ sagte Gringmuth, nachdem Leontine einige Male versucht hatte, die Fensterscheiben abzuwischen und prüfend in das Straßengewirr hinauszublicken. „Nächstigen Sie sich nicht,“ fügte er leinache weich hinzu, „es geschieht Ihnen nichts.“

„Ich will mich nicht länger ängstigen,“ versetzte sie, sich plötzlich aufrichtend.

„Das wäre sehr brav von Ihnen,“ meinte er lachend; „es hilft nichts und es ist nicht nöthig.“

Beide versanken wieder in Schweigen. Sie nahmen sich zusammen, daß ihr Begleiter auch an keiner Bewegung mehr merken solle, daß es mit ihrer Ruhe nicht allzu weit her sei, und er war nicht der Mann, mit vielen Worten zu behaupten, was er einfach versichert hatte und was sehr bald der Augenchein beweisen mußte.

„Jetzt sind wir in wenigen Minuten an Ort und Stelle,“ begann Gringmuth nach langer Pause. Er schien sich, trotzdem er im Wagen zurückgelehnt saß, vollständig orientiren zu können.

Wirklich hielt auch die Droschke nach kurzer Zeit, und noch ehe Gringmuth Leontine herausgeholfen hatte, ward die Thür des Hauses, vor dem sie angefahren waren, geöffnet. Ein heller Lichtschein fiel aus dem Hausflur auf die Straße, eine weiße Frauenhand ergrieff Leontines Hand und eine freundliche Stimme sagte:

„Willkommen! Bitte, treten Sie nur schnell ein, Sie sind gewiß recht müde und durchfroren von Ihrer Fahrt.“

Willenlos folgte Leontine ihrer Führerin in das Haus und in ein im Erdgeschos gelegenes, freundlich erhelltes Zimmer, aus dem ihr ein süßer Blumenduft wohligh entgegenquoll. Dieselbe Hand, die sie geführt, nahm ihr geschäftig Hut und Mantel ab und drückte sie in einen am Ofen stehenden Lehnstuhl.

„Hier erholen Sie sich nur erst,“ hieß es; „Herr Gringmuth fertigt den Kutscher ab und wird sogleich kommen, dann kann er die Vorstellung besorgen.“

„Alwine, so laß doch das Fräulein zu Athem kommen,“ sagte eine andere wohl lautende Stimme. „Seien Sie herzlich willkommen in meinem Hause,“ setzte sie zu Leontine gewendet hinzu.

Diese kam in der That erst jetzt zu Athem und warf einen Blick auf das Zimmer und dessen Bewohnerinnen. Es war, wie sie bei der sehr flüchtigen Umschau bemerken konnte, ein einfach, aber behaglich eingerichtetes, in Sauberkeit glänzendes Gemach. Vor dem Sopha stand ein gebedter Theetisch, der allem Anscheine nach schon im Voraus für den erwarteten Gast hergerichtet war. Leontine verweilte indess nur einen Moment bei der Staffage, ihr Auge blieb an den beiden Frauengestalten hängen, in denen sie sofort Mutter und Tochter erkannte.

(Fortf. folgt.)

demokraten die Verechtigung eines Siegesjubels über den Ausfall der Wahlen abzusprechen, aber die Androhung von Ausnahme-Gesetzen beweist doch, daß der Fortschritt der Socialdemokratie höchst unbequem ist. Man lese nur, was in giftiger Stimmung das Blatt schreibt:

Der Siegesjubel der Socialdemokratie war diesmal, wie wir von vornherein annahmen, arg verfrüht. Gewinnen auch die „Genossen“ durch die thatkräftige Hilfe der Freisinnigen vielleicht ein Duzend Mandate, so ist dieses Ergebnis nicht einm Fortschritt der socialdemokratischen Propaganda, nicht einem erweiterten Umfange der socialdemokratischen Weltanschauung zu danken, sondern einzig und allein der Thätigkeit der freisinnigen Agitation und Presse. Wie die „Kölnische Zeitung“ ausrechnet, hat die Zahl der socialdemokratischen Stimmen diesmal um etwa 372 000 Stimmen zugenommen. Das ist viel weniger, als die socialdemokratische Parteileitung erhoffte und als die freisinnige Presse voraussetzte; aber diese Vermehrung der Stimmenzahl erscheint noch weniger bedrohlich, wenn man beachtet, daß gleichzeitig die Zahl der freisinnigen Wähler sich diesmal um fast eine Viertelmillion verringert hat. Bei dem allgrößten Theile des socialdemokratischen Stimmenzuwachses handelt es sich also — das kann diesmal ziffernmäßig nachgewiesen werden — um freisinnige Ueberläufer. Wir wollen darum die socialdemokratische Gefahr keineswegs unterschätzen. Im Gegentheil! Die Ueberläufer aus dem Lager des Freisinn und des reinen, des demokratisch-demokratischen Antisemitismus werden naturgemäß immer zahlreicher werden, je mehr man dem Verhöhnungstreiben weitere Schonung angedeihen läßt. Die Socialdemokratie wäre mit dem Socialistengesetz zweifellos überunden worden, wenn damals nicht die freisinnige Presse „unentwegt“ die hegerische Kärnerarbeit straflos hätte betreiben können. Aber auch in der socialistisch-gesellschaftlichen Zeit wäre es schon möglich gewesen, die Socialdemokratie zurückzubringen, wenn man es vermocht hätte, der Separation der Freisinn-Presse Hülfe anzulegen. Die Socialdemokratie braucht für ihre Propaganda ja immer nur zu agitieren, so bequem hatte es ihr die „bewährte“ freisinnige Presse gemacht; das hiesige „Reichsblatt“, die „Volksrathe“ „Volkszeitung“, die „Richter“ „Freisinnige“, die „Barth'sche Nation“ und zahllose Provinzialblätter dieser Gattung haben der socialdemokratischen Partei mehr Anhänger zugeführt, als die ganze ausgebreitete „Aufklärungsarbeit“ der „Genossen“ zusammen genommen. Die Creditirung der wohlmeinenden socialpolitischen Gesetzgebung einerseits, Erregung von Klassenhaß andererseits, das sind die vom Freisinn gelegten Fundamente, auf denen die Socialdemokratie mühelos weiterarbeitet. Hoffentlich wird das nach der Decimierung der freisinnigen Parlamentarier nun anders; wenn nicht, so wird auf Mittel und Wege gesonnen werden müssen, um eine Aenderung herbeizuführen.

Noch weit bequemer, als die „Freisinn-Presse“, macht der junkerlich-progige Conservatismus der Socialdemokratie ihre Agitation. Die von den conservativen Gesezmachern erweckte und unablässig geschürte Unzufriedenheit der Massen, die aus der conservativen Gesezmacherei nur Unheil für sich hervorgehen sehen, treibt diese Massen in das socialdemokratische Lager, wo ihnen natürlich die Schuppen vollends von den Augen genommen werden. Die Drohungen der „Conservativen Correspondenz“ sind kindisch. Wenn der Antisemitismus im Stande ist, dem Conservatismus die Gurgel zuzuschneiden, wie dies in Sachsen der Fall ist, wo die Conservativen am festesten zu sitzen glaubten und thatsächlich die Majorität im Landtag bilden, dann muß man über die Drohungen conservativer Jämmerlinge, die sich nicht einmal des Antisemitismus erwehren können, lachen. Das reactionäre Pack mag thun, was es will, die Socialdemokratie hat nichts zu fürchten.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 27. Juni den vom Herrenhause zu Ungunsten der Ultramontane, zu Gunsten des national-liberalen Geldack-Ringels am Rhein abgeänderten Gesezentwurf wegen Aenderung des Wahlverfahrens in zweiter Abstimmung gegen Centrum, Deutschfreisinn und Polen endgiltig angenommen. Die Arbeiterchaft steht dieser Wahlnovelle, die auf das herrliche Gewand des Klassenwahl-Systems einen neuen Flicken setzt, kühl bis an das Herz hinan gegenüber.

Parlamentarisches. Die Interpellation Graf Douglas über die Maßregeln gegen die Cholera und die Denkschrift über den Stand der Cholera 1892 wird am 1. Juli im preussischen Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangen.

Dreist und g-ierig ist der Bund der Landwirthe, dieser Fachverein der Großgrundbesitzer. Er petitionirt jetzt bei dem berufenen Wärtel der Agrarierkammer, beim Herrenhause, darum, dem § 18 des Gesezentwurfs wegen Aufhebung directer Staatssteuern folgende Fassung zu geben:

„Die auf Grund der §§ 1-4 des Grundsteuer-Entschädigungsgesetzes vom 21. Mai 1861 und der §§ 1 und 15 des Gesetzes vom 11. Februar 1870 für die Aufhebung von Grundsteuer-Befreiungen und Bevorzugungen geleisteten Entschädigungen werden nicht zurück-erstattet.“

Die Frechheit, auf Kosten der armen frohndenden Masse Trinkgelber zu betteln und zu expressen, ist ein Abgut der junkerlichen Sippe. Sie haben vor Jahr-

hundertern das Bauern-, das Gemeinland geraubt, sie haben die Bauern-„Befreiung“ zum lohnendsten Geschäft gemacht, sie säckeln Liebesgaben ein und wollen heute die Grundsteuer-Freiheit und die „Entschädigung“ dazu, die ihnen 1871 für die Aufhebung der Grundsteuerfreiheit gezahlt worden ist. Wie lange noch wird dieser Klügel des Volkes unbegreifliche Geduld mißbrauchen? Wie lange noch werden die Junker Preußen-Deutschland als ihre Domäne und die Volksmasse als das eiserne Vieh darauf betrachten?

Die Wahlen. Bis Dienstag Mittag liegt das Ergebnis von 170 Stichwahlen vor. In diesen sind nach einer Uebersicht des „Reichs-Anzeigers“ gewählt:

Socialdemokraten	21
Conservative	25
Deutsche Reichspartei	13
Nationalliberale	33
Freisinnige Vereinigung	8
Freisinnige Volkspartei	23
Süddeutsche Volkspartei	7
Ultramontane	9
Welfen	7
Antisemiten	13
Wibb	3
Elfässer	1

Zehn Stichwahlen sehen noch aus. Einschließlich der Hauptwahlen sind bis jetzt 387 Abgeordnete gewählt worden (darunter Bebel, die Antisemiten Uhlwardt, Berner, Zimmermann, der freisinnige Volksparteiler Träger je zweimal). Die bisher Gewählten vertheilen sich auf die Parteien, wie folgt (in Klammern fügen wir — nach Nichtigstellung einiger Zahlen in der gestrigen Uebersicht, in welcher sechs weltliche Hospitanten zum Centrum gezählt waren, die aber besser mit den anderen Welfen vereinigt werden — den Bestand der Parteien im letzten Reichstage hinzu):

Socialdemokraten	24 und 21	gleich	45	(36)
Conservative	49 und 25	gleich	74	(68)
D. Reichspartei	11 und 13	gleich	24	(18)
Nationalliberale	15 und 33	gleich	48	(42)
Freis. Vereinigung	3 und 8	gleich	11	(68)
Freis. Volkspartei	0 und 23	gleich	23	(10)
Südd. Volkspartei	4 und 7	gleich	11	(10)
Ultramontane	81 und 9	gleich	90	(105)
Welfen	0 und 7	gleich	7	(10)
Polen	12 und 7	gleich	19	(7)
Antisemiten	3 und 13	gleich	16	(6)
Wilde	5 und 3	gleich	8	(6)
Däne	1 und 0	gleich	1	(1)
Elf. Protest	7 und 1	gleich	8	(10)
Elf. f. d. Mil.	2 und 0	gleich	2	(10)

217 und 179 gleich 387 (397)

Die „National-Zeitung“ schreibt: „Es fehlen nur noch die Meldungen über elf Wahlen; 386 sind bekannt. Davon kommen auf die Nationalliberalen 51 und wahrscheinlich 2 Hospitanten, Conservativen 72, Freiconservativen 21, freisinnige Vereinigung 12, Clerikalen für die Militärvorlage 3, Polen 19, Antisemiten 18, Wilde 4, zusammen für die Militärvorlage 202. Dagegen Centrum 88, Socialdemokraten 45, freisinnige Volkspartei 21, süddeutsche Demokraten 11, Clerikale Elfässer 8, süddeutsche Bauernbündler 3, Welfen 7 und 1 Däne, zusammen gegen die Militärvorlage 184.“

Ueber die Angstmeier schreibt die „Köln. Volks-Zeitung“:

„Wie im Jahre 1887, so hat auch dieses Mal bei der Agitation für die Reichstagswahlen auf Seiten der militärfreundlichen Parteien das Bangemachen eine große und leider nicht ganz wirkungslose Rolle gespielt. Zwar fühlt es heuer an einem Boulanger, an Melnit und Baraden, dafür haben aber andere Hilfsmittel herhalten müssen. Der deutschen „Angstmeier“ sind noch zu viele. Diese Leute werden regelmäßig nur mobil gemacht, wenn eine Wahlbewegung hauptsächlich um eine militärische Forderung sich dreht. Sonst sind sie nicht leicht an die Urne zu bringen. Sie mögen nicht wählen, weil sie entweder dem politischen Parteiwesen gegenüber „neutral“ bleiben wollen, oder weil sie meinen, alles Wählen nuge ja nichts, die Regierung thue doch, was sie wolle. Wird ihnen aber in ihrem Leiborgan und am Stammtisch, in Flugblättern und Maueranschlägen der Krieg mit allen seinen Schrecken hingemalt, und zwar Tag für Tag in stärkeren Farben, dann rafft der gebildete und weniger gebildete Philister sich auf und „rettet das Vaterland“. Und die Blätter derjenigen Parteien, denen er einmal wieder die Kastanien aus dem Feuer hat holen helfen, sind dann des Lobes voll über die „Intelligenz“ und „politische Reife“ dieses Theiles des deutschen Volkes, welches die „Reichsfeinde“ und „Landesverräther“ gerichtet hat. Das hindert dieselbe Presse aber nicht, über dieselbe Wählercategory verunglimpfend herzufallen, wenn sie bei einer anderen Wahlgelegenheit, wo es nicht um eine Militärvorlage sich handelte, sich weigerten, das Vaterland, d. h. die „nationale“ Partei, zu reiten. Nach den Wahlen lassen

die Herren von „Bildung und Besitz“ den glücklichen ins Feuer gebrachten Angstmeier ruhig die Kosten des Verfahrens tragen. Dann wird zwar über die bedeutend erhöhten Steuer- und persönlichen Lasten an den Stammlichen kräftig räsonnirt — aber nach 5 Jahren ist das ja wieder vergessen und das alte Spiel kann auf's Neue beginnen.“

Gegen das allgemeine Wahlrecht zieht das „freisinnige“ „Berliner Tageblatt“ zu Felde, weil es im zweiten Berliner Wahlkreise den Sieg eines „unbekanntem Schriftsetzers“ über einen „Gelehrten von europäischem Rufe“ herbeigeführt hat. Ganz nach der Art der „Köln. Zeitung“ beklagt das freisinnige Blatt, daß die Stimme des „Zurückgebliebenen“ dasselbe gelte wie die Stimme des Gebildeten, des geistig vorgeschrittenen Mannes. Und es besetzt die Dreistigkeit, zu behaupten, daß das „geistige Niveau der Vertretung Berlins im deutschen Parlamente durch diese Wahlen nicht gehoben worden sei“. Zu schimpfen ist das gute Recht des Unterlegenen, und uns kann es um so mehr recht sein, wenn dabei die wahre Natur des Phrasenliberalismus der Bourgeoisie wieder einmal zu Tage tritt.

Die Wahlen in Köln werden von unseren dortigen Genossen angefochten werden, weil in gesetzlich unzulässiger Weise eine Verschiebung zwischen den beiden Kreisen Köln-Stadt und Köln-Land stattgefunden hat. Der Versuch einer solchen Aenderung in dem Bestand der Einzelwahlkreise, der nur durch Reichsgesetz geschehen kann, ist ja kürzlich auch in Leipzig und Dresden gemacht, dort aber noch rechtzeitig verhindert worden. Der Versuch hat aber erst die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß das, was in Sachsen beabsichtigt war, in Köln bereits vor drei Jahren geschehen ist. Auch die „Kölnische Zeitung“ hält aus diesem Grunde — die Wahlen sind ja dort nicht nach ihrem Geschmack ausgefallen — die Wahlen in den beiden Kölner Kreisen für nichtig. Sie schreibt:

„Dem Wahlbezirk der Stadt Köln ist eine sehr große Anzahl von Wählern zugezogen worden, die unbedingt im Landkreise Köln hätten wählen müssen; das Wahl-Ergebnis ist dadurch in beiden Wahlkreisen wesentlich verschoben und beeinträchtigt worden, es ist ohne Weiteres nichtig. Offenbar hat der Regierungspräsident von Köln angenommen, daß seit der Eingemeindung der Vororte Deutz, Nippes, Ehrenfeld, Lindenthal, Bayenthal u. s. w. in den Stadtkreis Köln, also seit dem 1. April 1888 die Bewohner dieser jetzt zur Stadt zählenden Vororte nunmehr ihr Reichstagswahlrecht in der vergrößerten Stadt Köln ausüben haben. Diese Annahme widerspricht dem Sinne wie dem Wortlaute des deutschen Wahlgesetzes. Daß der Fehler erst jetzt entdeckt wird, ist dadurch zu erklären, daß man in Preußen so sehr die Rechtsgiltigkeit der einzelnen Regierungsmaßregeln voraussetzt, daß sie im Einzelnen nur höchst selten einer besonderen Prüfung unterworfen werden. (?) Eru der jüngste Vorfall im Königreich Sachsen, wo das Dresdener Ministerium des Innern entsprechende Wahlkreis-Neuerungen wegen einiger der Städte Dresden und Leipzig eingemeindeten Vororte angeordnet, dieselben aber sofort zurückgenommen hatte, nachdem es auf die Rechtswidrigkeit dieser Anordnung aufmerksam gemacht worden war, hat auch der vorliegenden Frage Prüfung und Beachtung zugewendet.“

Die „Kölnische Zeitung“ führt dann im Wesentlichen dieselben Gründe an, die bei dem ähnlichen Falle in Leipzig geltend gemacht worden sind. Sie schreibt weiter:

„Nach Artikel 7 der Reichsverfassung hat der Bundesrath über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und über Mängel, die bei der Ausführung der Reichsgesetze hervortreten, zu beschließen. Diese Voraussetzung trifft in vollem Umfange zu; im Staate Preußen ist durch eine gesetzwidrige Wahlkreis-Einteilung das Reichswahlgesetz zweifellos verletzt. Der Bundesrath hat zu beschließen, daß der Staat Preußen schleunigst diesen Mangel beseitigt und Neuwahlen anordnet. Die Entscheidung des Reichstages ist nicht erst abzuwarten. Die Wahlen sind nichtig, sie können weder dadurch gültig werden, daß bei den letzten Wahlen 1890 ebenso rechtswidrig verfahren ist, noch dadurch, daß ein Wahlcommissar trotz der vorhandenen Rechtswidrigkeit die Gültigkeit der Wahl anerkannt hat. Wir erkennen allerdings offen an, daß diese letztere Auslegung über die Frage, wer hier die Ungültigkeit der Wahl auszusprechen hat, von verschiedenen Gesichtspunkten aus auf Widerspruch stoßen kann. Insofern wird es hier bei der ungewissen und bisher allseitig anerkannten Rechtslage nicht erforderlich sein, die Art, wie die Nichtigkeit der beiden Wahlen auszusprechen ist, einer langen Erörterung zu unterziehen, da ja auch im Reichstage alle Parteien ein Interesse daran haben, daß diese Nichtigkeit auf's Schleunigste geschieht wird. Auf jeden Fall ist es erforderlich, daß aus dem Landkreise umgehend Reichsverwahrungen gegen die Gültigkeit der Wahl sowohl beim Reichstage wie beim Bundesrath eingebracht werden. Im Stadtkreise Köln hat man die Reichsverwahrung schon im Termin der amtlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses durch den Wahlcommissar einzulegen und dadurch die Proclamation eines Candidaten zum Reichstagsabgeordneten zu verhindern.“

Bei diesen Vorgängen ist nur das Eine erstaunlich, daß man in Köln mehr als drei Jahre brauchte, um die Gesetzwidrigkeit der Wahlkreis-Einteilung zu erkennen.

Antisemitische Bubenstücke sind in Pirna vor der Stichwahl zu Tage getreten, die alles übersteigen, was

die verschiedenen Abarten der Ordnungssäulen bisher geleistet haben. In Sebnitz wurde ein antisemitisches Flugblatt verbreitet, durch das die Freisinnigen aufgefordert wurden, bei der Stichwahl für den Antisemiten Lohse zu stimmen. Dieses Flugblatt trug auch die Unterschrift des freisinnigen Stadtraths Strohbach in Sebnitz. Diese Unterschrift war durchaus gefällig. Um seiner die Freisinnigen abzuhalten, dem Wunsche ihrer Parteileitung zu entsprechen und bei der Stichwahl für den socialistischen Kandidaten Fröhlich zu stimmen, wurde im Pirnaer Cartellblatt ein Inserat erlassen, in dem behauptet war, der freisinnige Steinbruchbesitzer Lohse in Pirna sei von Socialdemokraten mit Steinen geworfen worden. Herr Lohse hat sofort eine Erklärung veröffentlicht, daß diese Behauptung eine „infame, grobe, wissenschaftliche Unwahrheit“ sei. Wie sei ihm das oder etwas ähnliches während der Wahl passiert. Er wisse sich im Ganzen in Arbeiterversammlungen vor Insulten „viel sicherer als in antisemitischen.“ — Mit solchen Mitteln kämpfen also die antisemitischen Säulen für Thron und Altar, und da wundern sich diese Leute auch noch, wenn man sie wie Ungeziefer behandelt!

Pfaffenpraxis. Laut einer Bekanntmachung der Ortsgeistlichkeit von Neuwiedell, Kreis Friedeberg N.-M., hat der Kirchenrath beschlossen, in Zukunft bei Trauungen, die in Folge der Ablösung der Stolgebühren unentgeltlich zu erfolgen haben, jedwede Ausschmückung der Kirche, Benutzung der Teppiche, Lichte u. zu unterjagen. Selbst die Orgel soll bei derartigen Feierlichkeiten unbenuzt bleiben, der Organist wird nicht zugezogen. Zur Begründung dieser Maßnahme ist angeführt, es seien Trauungen dieser Art „Armenhochzeiten.“

Uns freilich ist schon längst klar, daß die Herren Geistlichen stets nach dem Sprichwort handelten: „Es scharrt keine Henne umsonst.“ Und wenn es sich darum handelt, die Armen ihre beklagenswerthe Lage fühlen zu lassen, waren die Pfaffen immer die ersten.

Endlich! Endlich! Soeben trifft ein Telegramm des „Wolffschen Bureau“ aus London ein, welches besagt:

Nach einer Meldung aus Springfield (Illinois) den 26. d. Mts. hat der Gouverneur von Illinois, Altgeld, die drei Anarchisten Fielden, Kleebe und Schwab, welche anlässlich der Ruhestörungen in Chicago im Jahre 1886 verurtheilt und ins Gefängniß gebracht worden waren, begnadigt. Der Gouverneur ist der Ansicht, daß die Verhandlung gegen dieselben nicht unparteiisch geführt worden.

„Nicht unparteiisch geführt!“ Das wird jetzt zugestanden — sieben Jahre nach dem „Anarchistenproceß“ von Chicago, der schmachvollsten Justizpraxis — sechs Jahre nach der Hinrichtung von fünf der unschuldig Verurtheilten, dem schmachvollsten Justizmord der neueren Zeit! Sieben Jahre haben die „Begnadigten“ unschuldig im Kerker gesessen; und die fünf Gemordeten — eigentlich sechs, denn Linga, der in den Tod getrieben ward, ist ebenfalls gemordet — können nicht ins Leben zurückgerufen werden.

Die Opfer des Chicagoer Anarchisten-Proceßes — die gemordeten wie die „begnadigten“ — waren an der That, wegen deren sie verurtheilt wurden, so unschuldig, wie die Bourgeoisgeschworenen selbst, von deren räuberischem Klassenhasse sie verurtheilt wurden. Die Chicagoer Krawalle des Mai 1886 waren von Polizeispizeln gemacht, die im Auftrag des Capitalismus die Arbeiterbewegung schädigen wollten; die verhängnisvolle Bombe wurde von der Hand eines Polizeispizels geschleudert; eine Verurtheilung konnte bloß dadurch herbeigeführt werden, daß ein Gesetzwidriger, welches zur Zeit der Begehung des „Verbrechens“ noch nicht bestand, rückwirkende Kraft verliehen ward; die Hauptbelastungszeugen des Bombenproceßes sind später als Lumpen und Falscher entlarvt worden. Und trotzdem wird dies duzend und duzend Male hervorgehoben, hat die gesamte Bourgeoispresse jene unschuldigen Opfer als die schärzesten aller Verbrecher, und uns, weil wir ihre Unschuld behaupteten, als ihre Mithuldigen hingestellt. Was werden die Bourgeoisblätter nun sagen, nachdem der oberste Beamte des Staates Illinois dem Chicagoer Proceß das Brandmal aufgedrückt hat: „nicht unparteiisch geführt“?

„Die conservative Partei ohne Stöcker, das in eine Solenne, der böse Suben den Mitteltrieb abgebrochen haben.“ so jammert das Stöcker'sche „Volk“. „Lug und Trug, Gaud und Gewalt“ haben dem nationalliberalen Secundanten zum Siege verholfen. „Wolfsjag“ seien diesem zu Hilfe gekommen „die Bödel'schen Massen-Ansprücker, die Beer'schen Continuum-Demokraten, die Richter'schen Wasserfestel-Freiwandlungen, die altheißen Zukunftsrauler“. Und

mit welchen Ehrentiteln überschüttet Herr Stöcker erst seinen siegreichen Geiner! „Dieser judenfreundliche, kulturkämpferische, schutzjöllnerische, großcapitalistische Nationalliberale einträchtig gewählt von Judenfeinden, Katholiken, Freihändlern und Proletariern.“ Armer Stöcker! Da magst Dich winden und wüthen, wie die vergiftete Ratte im Kellernest, es wird nichts Dein Toben nützen:

Auffi bist Du, auffi bleibst Du,
Weih Babylon, ihr groben Chaiti!

Die armen Bimetallisten. Kurz vor der Auflösung brachten die Akermänner noch flugs einen Doppelwährungsantrag ein, sintonalen sie dieses demagogischen Kniffs für die Wahlagitator nicht entrafen mochten. Und heute kommt die Nachricht, daß das Silberwährungsland ersten Ranges, daß Indien die freie Silberprägung gesetzlich eingestellt hat, und daß in Englands größtem Colonialreich die Goldwährung eingeführt werden soll. Ein harter Schlag für die Silberkönige jenseits des großen Wassers, die ihre Silberschiffe nach Indien schicken, um dort die Ueberschüsse ihrer stetig wachsenden Erzeugung ausmünzen zu lassen, ein harter Schlag für den munteren Chor der um Scheingründe wie verlegenen Arendt, Schalscha, Wirbach und Kardorff. Eine wirtschaftliche Umwälzung in den Silberländern bereitet sich vor, das Paradeferd des Bimetallismus aber, Indien, thut keine Dienste mehr. Die lateinische Münzconvention, deren Bestand ohnehin sehr gefährdet war, ist nun in ihren Grundwehen erschüttert. Die Schweiz u. B., deren Währungsverhältnisse durch die Convention in arge Wirrnisse gerathen sind, kann sich dazu nur Glück wünschen.

Wie der Staat für die Seinen sorgt, zeigt eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums vom 26ten Juni. Aus Anlaß des in verschiedenen Landestheilen drohenden Futtermangels und wegen des Unglücks in Schneidemühl sollten dem Landtage noch schleunigst Nothstandsvorlagen zugehen. Man hat jedoch davon Abstand genommen, weil die durch die Dürre entstandene schlimme Lage sich nicht übersehen lasse, um darauf eine Gesetzesvorlage zu begründen. Der Schaden in Schneidemühl sei ebenfalls nicht so groß, daß dazu die Gesetzgebung in Anspruch genommen werden müßte. — Allerdings die Militärvorlage ist ja nothwendiger.

Romen-Beleidigung. Wegen angeblicher Beleidigung des Staatsanwalts Dr. Romen aus Anlaß der Aeußerungen desselben über den Eid hatten sich vor der Strafkammer I des Landgerichts zu Hamburg die Genossen Redacteur des „Echo“ Fischer und Stadthagen am 19. d. Mts. zu vertheidigen. Fischer soll durch 6 Artikel des „Echo“, Stadthagen durch eine in Hamburg gehaltene Red. und die auf die Anklage hin von ihm eingereichte Vertheidigungsschrift einiger Beleidigungen sich schuldig gemacht haben. Als Zeugen wurden u. a. Romen, Landrichter Kragmann, Rechtsanwalt Dr. Berthold, Rechtsanwalt Tüschheim, Mollenbuhr, Frohme und Wegger vernommen. Mollenbuhr nahm seinen Protest gegen Beleidigung erst zurück, nachdem der Vorsitzende ihm dargelegt, daß die Richter, vor denen Herr Romen seine bekannnten Aeußerungen gethan, andere als die jetzt Nichtenden gewesen. Die Vernehmung ergiebt, daß ein Artikel längst vor dem Auftreten des Herrn Romen ohne Beziehung auf diesen geschrieben war. Die Artikel wendeten sich gegen studentische Nichtsthuer, Säufer und Streber. Auf Befragen des Vertheidigers des Genossen Fischer, Rechtsanwalt Tüschheim, — Stadthagen vertheidigte sich selbst — bekundeten sämmtliche Zeugen, daß in der Redaktion die Studententhätigkeit des Herrn Romen weder besprochen noch bekant war. Staatsanwalt Dr. Romen's Zeugenaussagen stehen in einer Reihe von Punkten in Widerspruch mit den Bekundungen anderer Zeugen. Einen Theil der Widersprüche führt er selbst auf einen Irrthum seinerseits zurück. Romen bekundet am 12. Juli nicht vom Programm der Socialdemokraten gesprochen zu haben, sondern nur vom „Glaubensbekenntniß“. Er habe gesagt: im Glaubensbekenntniß der Socialdemokratie sei die Heiligkeit des Eides längst geschrieben oder komme dort nicht mehr vor u. s. w. Auf Befragen Stadthagens erklärt er, unter „Glaubensbekenntniß“ verstehe er das, woran jemand wirklich glaubt; die Führer seien zu „schlau“, ihre wirkliche Ansicht ins Programm zu setzen und vergleichen. Er giebt zu, sowohl den Ausspruch des Venter internationalen Congresses wie des Erfurter Congresses gekannt zu haben, inhaltlich dessen Wahrheit sie Nichtsthuer für das Verhalten eines jeden Socialdemokraten sein soll. Am 28. Juli will Herr Romen davon gesprochen haben, daß in der Parteipresse von der ersten Nummer des Socialdemokrat bis zur letzten des „Vorwärts“ der Eid

gebilligt, ja verherrlicht werde; dieser Ausspruch sei allerdings nicht „wörtlich zu nehmen“, sonst müßte er sich für geschlagen erklären. Landrichter Dr. Kragmann breitet, seiner Erinnerung nach habe Herr Romen davon gesprochen, er sei in der Lage, aus der socialdemokratischen Parteipresse und aus sonstigen Schriften der Socialdemokraten den Beweis zu führen, daß die Führer der Socialdemokratie den Meineid nicht nur billigen, sondern ihn sogar verherrlichen u. s. w. Auf Befragen erklärt Romen, seine Behauptungen gründeten sich auf seine „wissenschaftliche“ Ueberzeugung, und be ruht sich zum Beweis seines guten Glaubens auf die vom Oberstaatsanwalt eingereichten Zeitungsnummern. Hieraus gelangen die bekannnten Jbsen-Artikel aus dem „Socialdemokrat“ von 1880 und 1882 zur Verlesung, in denen der Meineid wie jede Unwahrheit festtabelle, als mildernder Umstand aber, conform der ständi. u. sonstigen Gerichtspraxis, hervorgehoben wird, daß Jbsen nicht aus Gewinnsucht, sondern aus Freundschaft einen Meineid geleistet habe, wenn, was Jbsen und mit ihm viele andere bestritten, er in der That einen Meineid geleistet haben sollte. Der Gerichtshof lehnte die Verlesung anderer von der Staatsanwaltschaft und von Stadthagen beigebrachter Artikel ab, weil einerseits erwiesen sei, daß Herr Romen, in gutem Glauben gehandelt habe, andererseits nicht die Behauptung Stadthagen's widerlegt sei, daß Romen seiner Ueberzeugung nach die Unwahrheit seiner Behauptungen gekannt haben müsse. Stadthagen besteht darauf, ihn, falls er verurtheilt werden sollte, aus § 186, nicht aus § 185 Str.-G.B. zu verurtheilen. Wenn er — in vielleicht beleidigender Form — dem Staatsanwalt Romen bemußte Unwahrheit vorgeworfen habe, so liege der Vorwurf weniger in der Form als in dem Inhalt seiner Behauptung. Für die Wahrheit seiner Behauptung tritt er Beweis an, hält übrigens denselben durch die heutige Verhandlung bereits für voll erbracht. Der Gerichtshof lehnt den Beweis antrag ab, da lediglich der Form wegen, nicht wegen des Aufstellens einer etwa unwahren Thatsache die Anklage erhoben und aufrecht zu erhalten sei. Der Oberstaatsanwalt beantragt gegen Fischer eine Gefängnißstrafe von 8, gegen Stadthagen eine solche von 4 Monaten Gefängniß. Nach dem Plaidoyer des Rechtsanwalts Tüschheim und den Vertheidigungsreden der beiden Angeklagten wird um 1/27 Uhr Abends die Verhandlung, welche um 9 1/2 Uhr begonnen hatte, geschlossen und Termin zur Urtheilsverkündung auf den 24. Juni 1 1/2 Uhr anberaumt. Zu bemerken wäre noch, daß dem Antrage des Staatsanwalts, Fischer, der (wie er ohne jeglichen Beweis behauptete) nur „Sitzredacteur“ sei, zu verhaften, nicht entsprochen wurde.

Gegen Romen hat Stadthagen Strafantrag eingereicht.

Das am Sonnabend verkündete Urtheil lautet gegen Stadthagen und Fischer auf je fünf Monat Gefängniß.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Staat ist gerettet. Unser Budapester Parteiorgan, die „Arbeiterpresse“, schreibt: Unser Telegramm, das wir am 15., am Tage der deutschen Reichstagswahlen, nach Berlin aufgaben, wurde von der österreichischen Grenze zurückgesendet, mit dem Vermerk, daß dasselbe in Rücksicht seines Inhaltes nach § 7 des internationalen Uebereinkommens u. nicht weiter befördert werde. In unseren Blättern ist dasselbe erschienen und man merkt bei uns wirklich noch nichts von den gefährlichen Folgen desselben. Oder steht der ungarische Staat auf festeren Füßen, wie der österreichische? Wahrscheinlich muß es dort mit demselben schon sehr wacklig aussehen. Denn wenn die Bögel auf den Telegraphendrähten und Stützen den Inhalt dieses Telegrammes abgelauscht hätten, wäre flugs eine — Revolution ausgebrochen. „Freiheit wie in Oesterreich.“

Belgien.

Arbeitslosenversicherung in Brüssel. Unser Bruderorgan „Le Peuple“ in Brüssel berichtet, daß der Bürgermeister von Brüssel beabsichtigt, einen Fonds für die Arbeitslosen zu schaffen, der unter Leitung von 7 Personen stehen soll. Zwei Mitglieder dieser Behörde sollen aus Arbeitnehmern und drei aus Gemeinderäthen bestehen. Der Fonds soll aufgebracht werden durch freiwillige und Zwangsbeiträge der versicherten Arbeiter. Gegen eine Zahlung von 40 Centimes pro Monat versichert sich der Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit nur in den Wintermonaten und erhalten Ledige

1 Fr., Verheirathete 1.50 Fr. pro Tag. Das ist zwar so gut wie nichts, aber immerhin mehr, als was unsere Staats- und Communalbehörden der im nächsten Winter drohenden Arbeitslosigkeit gegenüber thun werden. In Deutschland ist nur Geld für Kanonen und Kasernen vorhanden, mag auch das Volk verhungern, es bleibt ihm das stolze Bewußtsein, für den Moloch, den Culturträger des Deutschen Reiches, verhungert zu sein.

Frankreich.

Cornelius Herz ist noch nicht todt. Ein in London eingelaufenes Telegramm aus Bournemouth von gestern Abend 11 Uhr erklärt das nach Paris übermittelte Gerücht von dem Tode Cornelius Herz' für unrichtig; doch sei sein Zustand sehr bedenklich. Auf ein paar Tage früher oder später kommt es übrigens gar nicht an.

Parteiangelegenheiten.

Gegen die Wahl des Grafen Moltke in Ottenen-Pinneberg haben unsere dortigen Parteigenossen Protest eingelegt. Es sind Wahlunregelmäßigkeiten ungeheurer Art vorgekommen.

Weitere Wahlproteste werden erhoben in Stuttgart gegen Sigle R., in Saargemünd gegen Colbus C., in Dortmund gegen Möller R.

Die Straßburger Parteigenossen haben an die Genossen des 1. Hamburger Wahlkreises das schriftliche Ersuchen gerichtet, zu ihren Gunsten auf die Vertretung durch Bebel zu verzichten, damit dieser das dortige Mandat annehmen kann. Bebel wird die Entscheidung den Hamburger Genossen überlassen. Hätten die Straßburger Genossen die Parteitagsbeschlüsse betrachtet, welche Doppelcandidaturen negiren, so wären sie und die Partei der Unannehmlichkeiten der Doppelwahl überhoben geblieben. Parteibeschlüsse werden doch nicht aus Ulf gefaßt!

Todliste der Partei. Gestorben in Hannover-Linden der Parteigenosse Ernst Kudras, 33 Jahre alt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Juni 1893.

[Schulunterricht bei großer Hitze.] Betreffend die Kürzung des Schulunterrichts bei großer Hitze sind folgende ministerielle Verfügungen erlassen:

1. Wenn das 100theilige Thermometer um 10 Uhr Vormittags im Schatten 25 Grad zeigt, darf der Schulunterricht in keinem Falle über 4 aufeinanderfolgende Stunden ausgedehnt und ebensowenig darf den Kindern an solchen Tagen ein zweimaliger Gang zur Schule zugemuthet werden.

2. Auch bei geringerer Temperatur ist eine Kürzung der Unterrichtszeit notwendig, wenn die Schulzimmer zu niedrig oder zu eng bezw. die Schulklassen überfüllt sind.

3. Auch wenn die betreffende Schulklassen während der vollen Zeit unterrichtet wird, müssen Kinder, welche einen weiten, schattenlosen Weg haben, von einem zweimaligen Gange zur Schule an demselben Tage befreit werden.

4. Es bleibt zu erwägen, ob bei Schulen, welche geräumige, schattige Spielplätze haben, unter Umständen der lehrplanmäßige Unterricht durch Jugendspiele unterbrochen werden kann.

5. Die Entscheidung über Ausfall und Kürzung des Schulunterrichts in jedem einzelnen Falle trifft bei größeren Schulkörpern der Vorsteher der Schule (Director, Rector), bei kleineren der Ortschulinspector, und wenn ein solcher nicht am Orte ist, der Schulvorstand.

[Illumination.] Gestern Abend fand eine glänzende Illumination der Liebigshöhe zur Vorfeier des 50jährigen Stiftungsfestes des Gustav-Adolf-Vereins statt — natürlich auf Kosten des Stadtsäckels. Vielleicht gelingt es uns auch das nächste Mal, zur Feier des Stiftungsfestes des Arbeiter-Vereins, eine Subvention von 1200 Mark zu erlangen, denn warum soll gerade der Gustav-Adolf-Verein bevorzugt werden. Es muß doch viel übriges Geld in der Stadtkasse sein.

—dt.

[Nordproceß Rißmann.] Vor dem hiesigen Schwurgericht steht heute der 75 Jahre alte Handelsmann Ernst Rißmann unter der Anschuldigung, in der Nacht vom 15. zum 16. Juli 1883 — also vor zehn Jahren — eine gewisse Therese Schwarz, mit der er in wilder Ehe lebte, vorläufig ermordet zu haben, und zwar, indem er ihr mit einem Rasirmesser die Kehle durchschnitt. Die That ist in dem Grundstück Vorderbleiche Nr. 7, welches die Beiden mit einem Sohne der Schwarz allein bewohnten, verübt worden. Rißmann stand bereits am 15. Februar d. J. vor

dem hiesigen Schwurgericht. Die Verhandlungen mußten jedoch abgebrochen werden wegen Erkrankung einer Reugin. Rißmann leugnet zwar ganz entschieden, die That begangen zu haben, jedoch wird er von einigen Zeugen stark belastet. Die Dauer des Proceßes ist auf zwei Tage berechnet.

[Vom Lobe-Theater.] Sonnabend, den 1. Juli, wird Director Witte-Wild mit seinem Lobe-Theater-Ensemble wieder in das von ihm erbaute Residenz-Sommer-Theater übersiedeln. Eintrittspreise und Eintheilung der Plätze bleiben dieselben wie im vorigen Sommer. Diese Nachricht dürfte von unserem Theaterpublikum allseitig freudig begrüßt werden, da dasselbe den trefflichen Aufführungen des Lobe-Theater-Ensembles in den lustigen Räumen des Residenz-Sommer-Theaters während der Monate Juli und August gern beiwohnt. Heute Donnerstag und morgen Freitag bleibt das Residenz-Sommer-Theater wegen Renovation geschlossen. Als Eröffnungsvorstellung wird die neue Gesangsposse „Heikes Blut“ mit Josef Josephi in der von ihm in Wien creirten Rolle des Friseur „Schmalz“ gegeben. Im Lobe-Theater geht heute Donnerstag legtmalig „Die Jungfrau von Belleville“ und morgen Freitag „Die Vogelhändler“ mit Josef Josephi in Scene; Willy Rohland nimmt heute erstmalig seine Thätigkeit nach seinem Urlaub wieder auf.

[Von städtischen Anstalten.] Im Armenhause waren Anfang Mai d. J. 319 männliche und 259 weibliche Personen, zusammen 578 — Der Zugang im Laufe des Monats betrug: 47 Männer, 35 Frauen, der Abgang dagegen: 58 Männer, 42 Frauen, so daß Ende des Monats Mai in Verpflegung verblieben: 308 Männer, 252 Frauen, zusammen 560 Inquilinen. Unter diesen befanden sich in der Kranken-Abtheilung (Basteigasse) 137 Männer, 146 Frauen. Gestorben sind 22 Personen.

[Statistisches von den Kliniken] Im Mai 1893 war die Bewegung in den hiesigen Kliniken folgende: Königliche medicinische Klinik: Bestand Anfang Monats 59 hiesige und 42 auswärtige Kranke; Zugang 114 hiesige und 29 auswärtige, Abgang 113 hiesige und 31 auswärtige; mithin Ende des Monats Bestand 60 hiesige und 40 auswärtige Kranke. (Gestorben 20 hiesige und 12 auswärtige.) — Königliche chirurgische Klinik: Bestand Anfang des Monats 22 hiesige und 96 auswärtige Kranke, Zugang 32 hiesige und 63 auswärtige, Abgang 31 hiesige und 51 auswärtige, mithin Bestand Ende des Monats 23 hiesige und 108 auswärtige, zusammen 131 Kranke. (Gestorben 1 hiesige, 6 auswärtige.) — Königliche Frauenklinik: Bestand Anfang des Monats 44 hiesige und 45 auswärtige Kranke; Zugang 129 hiesige und 64 auswärtige, Abgang 136 hiesige und 64 auswärtige; mithin Bestand Ende des Monats 37 hiesige und 45 auswärtige Kranke, zusammen 82 Personen. (Gestorben 2 hiesige und 3 auswärtige.) — Königliche Klinik für Hautkrankheiten: Bestand Anfang des Monats 32 hiesige 28 auswärtige, Zugang 61 hiesige, 35 auswärtige, Abgang 60 hiesige und 29 auswärtige Kranke; Bestand Ende des Monats 33 hiesige, 34 auswärtige Kranke.

[Tod durch Natronlauge.] Als ein Maler von der Großen Dreilinden-Gasse am 23. d. Mts. mit dem Streichen einer Stube beschäftigt war, befand sich sein 7 1/2 Jahr alter Sohn bei ihm. Während der Vater nicht arbeitete, ergriff der Knabe eine Flasche, welche Natronlauge enthielt, trank daraus und verlegte sich so schwer, daß er in dem Allerheiligen-Hospital, wohin er gebracht worden war, in der Nacht zum 26. d. Mts. gestorben ist.

[Unfall.] Gestern Nachmittag kam beim Abspringen von einem in Bewegung befindlichen Wagen der elektrischen Straßenbahn ein Schulmädchen zu Fall und soll sich dabei, wie uns mitgetheilt wurde, nicht unerheblich verletzt haben.

[Kampf um eine Rose.] Als am vergangenen Sonntag Nachmittag der 18 Jahr alte Arbeiter Carl Hein mit einer Rose in der Hand die Löschstraße entlang ging, kam ihm ein Freund entgegen, der die Rose von ihm forderte. Da Hein die Herausgabe der Rose verweigerte, gerieth der Andere in solche Wuth, daß er sein Taschenmesser zog und mit diesem dem H. eine tiefe Stichwunde am Kopf beibrachte. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus der Barmherzigen B. über überführt.

[Von der Oder.] Der gegenwärtige niedrige Wasserstand der Oder wird dazu benutzt, um verschiedene Wasserbauarbeiten, namentlich Uferausbesserungen und dergleichen auszuführen. So wird z. B. der Hohlweg des Wehres am Ausgange der Herrenstraße zwischen der Mittelmühle und der Neumühle

gegenwärtig einer Reparatur unterzogen, die allerdings sehr nöthig ist.

[Festgenommen] wurde ein Fleischergefelle, der einem Anderen mittels Einbruch eine Uhr und einen Schirm gestohlen hatte.

[Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: Ein Gelbbetrag. — Verloren: Ein schwarzes Portemonnaie mit 10 Mark Inhalt und ein Colli mit Uhrentheilen. — Gestohlen: Am 24. d. M. einem auf der Neuschestrasse wohnenden Handlungslehrling eine silberne Remontoiruhr, gravirt M. Sachs; am 23. d. Mts., einer auf der Kleinen Scheitnitzerstraße wohnenden Kaufmannsrau eine goldene Damenuhr mit goldener Kette; am 27. d. M. einem Schiffer aus seinem hier vor Anker liegenden Rahne eine silberne Cylinderuhr mit doppeltem Goldrand; am 27. d. M. einer auf der Elbingstraße wohnenden Handelsfrau aus einem am Neumarkt gelegenen Keller 27 Liter Erdbeeren und 3 Scheffelkörbe. — Verhaftet am 28. d. Mon.: 46 Personen.

Schlesien.

Im Wahlkreise Breslau (Land) Neumarkt hat nach der endgültigen Feststellung Graf Limburg Stirum (Cons.) 11,920, Former Schütz (So.) 8147 Stimmen erhalten. Es ist somit Graf Limburg-Stirum gewählt. Bei der Hauptwahl am 15. Juni wurden abgegeben für Limburg 8738, v. Quene 3833, Schütz 5148, Schmieder (Freis. Volkspartei) 3112 Stimmen.

Waldenburg. Das amtliche Stichwahleresultat im hiesigen Kreise liegt nunmehr vor. Siernach erhielt der Candidat der Socialdemokratie, Bergmann Möller in Gelsenkirchen, 12 299, der conservative Gegencandidat v. Bitter 11 650 Stimmen; ersterer ist deshalb mit 649 Stimmen Majorität gewählt. Bei der Hauptwahl am 15. Juni erhielt Möller, 11 386, wogegen Bitter 8329 und der freimüthige Candidat Goldschmidt 3679 Stimmen erhielt. Diese letzteren sind dem conservativen Candidaten zugefallen, wogegen unser Candidat von Denjenigen, welche ihr Wahlrecht noch nicht ausgeübt hatten, einen Zuwachs von 913 Stimmen erhielt. Die erbärmlichen, ungeschicklichen Mittel der Geaner in Drohungen von Lohnverkürzungen, Versprechungen von Völlen etc. — ohne der vielen Flugblätter zu gedenken — haben nicht mehr gezoogen. Selbst die läugerlichen Behauptungen gegen unseren Candidaten, er sei kein Bergmann, sondern Schneidermeister, fruchteten nicht, ebensowenig die Schandung gegen Möller, er sei Zuchtthäuser. Wohl war aber vielen Wählern bekannt, daß er stets für die Interessen der Arbeiter in Wort und Schrift eingetreten war und dafür Strafen erlitten hatte, welche seine Gesundheit untergruben. Auch war ferner vielen Bergarbeitern, welche unter seiner Leitung auf Grube Thalbusch bei Gelsenkirchen gearbeitet hatten, wo er den Posten eines Obersteigers bekleidete, bekannt sein eingetreten für die Interessen der Arbeiter. Natürlich hatte er sich hierdurch die Gunst seiner Arbeitgeber verdöhrt, weshalb seine Stellung unhaltbar wurde. Daß einem solchen Candidaten im hiesigen Kreise, wo er sich nur bilden ließ, die größten Sympathien bewiesen wurden, ist wohl erklärlich. Der Ausfall der Wahl war vorauszu sehen. Ein schlechtes Gewissen aber müssen die Gegner haben, da dieselben Unruhen, welche natürlich nicht eintrafen, befürchteten, denn die Vorkehrungen bewiesen es!

Waldenburg. Rohheiten der bestehenden Klassen. Letzthin wurde von dem Stelger Junger berichtet, daß er einen Arbeiter ohne Grund und Ursache niedergeschlagen hatte und heute können wir von einem Schlossermeister berichten, der einem Lehrling die Nieren abschlug, so daß der Tod desselben eintrat. Natürlich verschweigen die capitalistischen Blätter diese Rohheiten und Morbithaten weil die „Herren“ aus ihren Gesellschaftsklassen stammen, wogegen nur diese Blätter stets von Rohheiten der Arbeiter zu berichten wissen.

Grünberg. In der hiesigen Fabrik des Herrn B. befindet sich ein Werkmeister, welcher sich in unästhetischen Redensarten gegen die dort beschäftigten Arbeiterinnen ergeht; ja dieselben müssen sich fürchten, die Fabrikraume zu verlassen, um von dem betreffenden Herrn nicht belästigt zu werden. — Es zeugt dies von dem hohen Bildungsgrad und der Moral dieses Herrn Werkmeisters, und es wäre zu wünschen, daß diese Zeiten dazu beitragen möchten, seinem Benehmen Sögel anzulegen.

Deutsch-Wasselnitz, 26. Juni. Ein schneidiger Sergeant. Auf dem hiesigen Bahnhofe spielte sich heute Nachmittag bei dem nach Reiffe gehenden Zuge ein peinlicher Auftritt ab. Ein beurlaubter Sergeant war in ein Soupee dritter Klasse eingestiegen, in welchem sich ein Gefangenentransport befand und wurde deshalb vom diensthabenden Schaffner aufgefordert, umzusteigen. Da er sich weigerte, dies zu thun, wurde der diensthabende Stationsbeamte hinzugeholt. Auch dessen wiederholter Aufforderung kam der Sergeant nicht nach, bedrohte denselben vielmehr, wie der Oberstl. Volkstg. geschrieben wird, mit seinem blankgezoogenen Säbel. Um den Zug nicht aufzuhalten, wurde der Gefangenentransport rasch anderweitig placirt und wegen weiterer Behaublung des rabiaten Sergeanten nach Neustadt O.S. telegraphirt.

Aus den Nachbarprovinzen.

Schneidewühl. Großer Brand. Ein eigenes Verhängniß scheint über der Stadt Schneidewühl zu walten. Raum ist die Wasserstraße vorüber, so finden die Sturmglöde und das Wächterhorn mit vereinten Kräften den schlaftrunkenen Bewohnern, daß ein neues Unheil, eine Feuersbrunst, in der Stadt wüthet. Die von einer Abtheilung des Thorneer Pionier-Bataillons ausgeführte Sprengungsversuche hatten gegen halb 10 Uhr Abends ihr Ende erreicht, als un-

gefähr zwei Stunden später unweit des Senkungsgebietes auf den zwischen der Posener- und Großen Kirchenstraße am Wilhelmplatz gelegenen Grundstücken des Glasers Wille und der Firma Samelson Söhne in einem Schuppen Feuer entzündet, das sich bei der Leichten, in Fachwerk ausgeführten Bauart der Gebäude in kurzer Zeit auch auf die umliegenden Stallungen und Remisen ausdehnte, mächtige Feuerfäulen und Qualmwolken in den Nachthimmel emporsteigend, welche letztere sich während eines einsetzenden Gewitterregens erstreckend über alle Straßen und Plätze der hübschen Stadt lagerten. In Kürze waren alle Häuser und Hotels wieder lebendig, und Groß und Klein eilte der Brandstätte zu. Glücklicherweise gelang es den ersten Rettern, einige in nächster Nähe des Brandherdes wohnende Familien rechtzeitig zu wecken und einige schlafende Kinder vor dem nahen Erstickungstode zu bewahren. Nur ein Knabe soll, ob durch Brand oder Sturz blieb unermittelt, Verletzungen davongetragen haben. Jammernde und händeringend Frauen und Männer liefen auf dem Brandplatz umher und wurden freundlich von den Nachbarn einzuweisen beherbergt. In einiger Zeit häuften Straßen und Höfe sich mit Möbelstücken, Koffern u. s. w. Bald erschienen die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr und die Pioniere, um die Spritzen in Thätigkeit zu bringen und - fast klinge es wie bittere Ironie: es schien geraume Zeit in Schneemühl an - Wasser zu mangeln. Doch gelang es den vereinten Kräften der Feuerwehr und den sonstigen Hilfsmannschaften, dem Heerd des Feuers zu beschränken.

Schneidemühl, 27. Juni. Zur Brunnen-Katastrophe berichtet heute die „Schneidem. Bzg.“: „Um den Senkbrunnen angelegtes und wieder langsam abfließendes Regenwasser war heute Vormittag die Ursache des Geräusches, daß die Quelle sich außerhalb des Hofes einen Ausgang gesucht und auch gefunden habe. Die näheren Untersuchungen ergaben jedoch, daß die Quelle keineswegs wieder auf neue die Erdoberfläche durchbrochen hat. Die Sachverständigen legen ebenfalls keinen erneuten Ausbruch voraus. Die Pioniere haben mit dem Niederlegen des Straubelischen Hauses ihre Mission erfüllt: denn keine Nachmittags begaben sie sich wieder in ihre Garnisonen zurück. Von dem ursprünglich geplanten Sprengen des Polareischen Neubaus ist man jetzt abgekommen, weil Herr Maurermeister Stachnit es übernommen hat, den Bau abzutragen. Wenn diese Arbeit beendet ist, dann sollen die übrigen beschädigten Gebäude dem gleichen Schicksal anheimfallen. Von dem Semrau'schen Hause fiel heute Vormittag ein Stück Mauerwerk mit solcher Wucht auf die Straße, daß die davon betroffene Trottoirplatte in der Mitte zerbrach und die beiden Enden sich in die Höhe hoben, ein Zeichen dafür, welche Unterhöhlung des Trottoirs vor sich gegangen ist. Tägliche Beobachter des Senkbrunnens wollen auch die Wahrnehmung gemacht haben, daß derselbe sich bereits wieder etwas gesenkt hat. Thatsächlich ist dies aber doch nicht der Fall zu sein. Die nach Beendigung der Sprengungsarbeiten heute wieder ausgeführte Höhenmessung hat ergeben, daß in dem Senkungsgebiet seit der am 22. d. Mts. erfolgten Verstärkung des Brunnen nur noch geringfügige Veränderungen stattgefunden haben. Derselben übersteigen im allgemeinen 10 Millimeter nicht.“

Danzig, 26. Juni. In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde die Aufwärtin Olga Mahahn aus Opra wegen Straftatens zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagte entriß am 14. Februar d. J. der 11 jährigen Bertha Kühn in der Breitgasse eine Bismarckmuffe. Damit lief sie nach der Langgasse, wo sie im Hause 13 ver schwand. Bertha K. lief ihr nach, doch sie konnte die Straftäterin nicht einholen. Bei der Beweisaufnahme gab die Angeklagte an, sie habe allerdings die Muffe an sich gerissen, aber Gewalt nicht angewendet. Die Olga M. wurde dreimal von der Bertha K. auf den Rücken gemahnt, sie solle die Muffe herausgeben. Die Diebin machte aber leere Ausreden und sagte: „Lass mich, sonst werfe ich dich in den Rinnstein und dann in die Radaune.“ Bertha K. lief nun zu ihrer Mutter, und die Olga M. wurde verhaftet. Dem Schutzmänn gab sie verschiedene falsche Namen an. Da die Olga M. wegen Diebstahls, Unkundenfalschung und Betrug bereits zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, welche Strafe sie noch nicht verbüßt hatte, so verband der Gerichtshof beide Strafen zu der genannten sehr hohen Strafe.

Ebing, 27. Juni. Das Schwurgericht hat den Rentier Janzen-Reichenhoff wegen wissentlichen Meineides zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Vereine u. Versammlungen.

Korkarbeiter-Versammlung. Eine öffentliche Korkarbeiterversammlung fand Dienstag, den 27. d. M., Abends 8 Uhr in Thiele's Local, Bohrauerstraße 74, statt. Nach Eröffnung der Versammlung ergriff Colloge Hannibal von den Streikenden zuerst das Wort und erklärte, daß er am selbigen Tage in Begleitung des Streikcomitees bei Herrn Hammer war. Derselbe habe in einer nahezu dreiwöchentlichen Unterredung erklärt, daß er die jetzt bei ihm Arbeitenden, ein Werkführer und zwei angelernte Maschinenarbeiter nicht sofort entlassen könne. Der Hauptgrund des Streikes, die übergroße Anzahl der Lehrlinge sei dadurch erledigt, daß er die zuletzt engagierten sechs überhaupt nicht, von den anderen aber fünf davongelassen sind. (Wahrheitslich in Folge der guten Behandlung von Seiten des Werkführers.) Herr Hammer meinte, trotzdem er sich entschlossen habe, keinen der Streikenden wieder einzustellen, sei er doch gewillt, alle anzunehmen, bis auf zwei, welche er erst einstellen kann, wenn die Kündigungsgesetze der beiden jetzt bei ihm arbeitenden Maschinenschneider abgelaufen sei. Da die Collegen dies nicht billigen konnten, so ersuchte Herr Hammer das Comitee am nächsten Tage wiederzukommen. - Hierauf sprachen verschiedene Redner, welche ausführten, daß die Collegen nicht eher zu arbeiten anfangen möchten, bis der Werkführer Schape entlassen ist. Da jedoch die Streikenden der Meinung waren, den Streit nicht wegen Kleinigkeiten in die Länge zu ziehen, stellte Colloge Bauz den Antrag, den früheren Beschluß in Betreff Schape fallen zu lassen und die Arbeit aufzunehmen, wenn Herr Hammer sich bereit erklärt, die zwei Arbeitenden zu entlassen, alle anderen aber be dingungslos anzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. - Im weiteren kritisierten einige Redner die

jenigen, welche sich von den freiwilligen Beiträgen für die Streikenden ausgeschlossen haben. Da dieselben anwesend waren, suchten sie ihr bisheriges Verhalten zu entschuldigen, konnten jedoch nicht die Billigung der Versammlung erhalten, worauf sie sich bereit erklärten, das rückständige nach, resp. weiter zu zahlen. Hierauf schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

Nachtrag. Der Einladung des Herrn Hammers zufolge, begab sich am nächsten Tage, Mittwoch, den 28. d. M., das Streikcomitee abermals zu Herrn Hammer. Derselbe hatte seine Absicht vollkommen geändert (ebenfalls durch den Einfluß des Werkführers Schape). Er meinte, nicht alle Arbeiter wieder einstellen zu können, sondern nur einige, und auch die wolle er sich herausuchen. Natürlich hat keiner unter diesen Bedingungen Arbeit angenommen, und dürfte sich auch für die Zukunft Herr Hammer nicht der Hoffnung hingeben, auf diese Weise den Streit beendet zu sehen. Dazu ist der Opfermuth der Collegen und die Einnüchtheit der Streikenden zu groß. Sollte Herr Hammer noch lange dem Einfluß des Herrn Schape nachgeben, so wird er doch schließlich einsehen müssen, daß er keinen Vortheil davon hat.

Töpfer-Versammlung. Mittwoch, den 28. d. Mts., Abends 8 Uhr, fand im Locale von Edlich, Neumarkt 8 „Zu den drei Tauben“, eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Töpfer und Berufsgenossen statt. Als erster Vork. der Tagesordnung war die Berichterstattung des Delegierten vom letzten deutschen Töpfer Congreß angesetzt und wurde vom Collegen Nette in längeren Ausführungen gegeben. In der Discussion, welche sich an dieselbe schloß, kamen wieder Minusverhältnisse über die Organisationsfrage zum Ausdruck. Schließlich fand noch folgende Resolution Annahme:

„Die heut in Edlich's Brauerei tagende öffentliche Töpfer-Versammlung giebt über die auf dem Congreß gestafsten Beschlüsse heut keine bestimmte Erklärung ab, sie wird ihre Stellung zu denselben in einer der nächsten Versammlungen präzisiren. Damit ist sie jedoch schon jetzt nicht einverstanden, daß bereits im folgenden Jahre wieder ein Töpfer-Congreß stattfinden soll, weil sie die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit, alljährliche Congresse nicht nur nicht einseht, sondern sich auch von ihnen nichts verspricht.“

Weiter erkennt die Versammlung die Haltung des Collegen Nette auf dem Congreß als den Erwartungen der Versammlung gemäß und spricht ihm für seine Delegation hiermit Dank aus. Bei Punkt 3 giebt Nette als Vertrauensmann die Abrechnung über das erste Halbjahr 1893. Aus derselben entnehmen wir folgendes: Bestand am 31. December 1892 294.62 Mark. Für den Reservefonds gingen ein 293.45 Mark; besondere Einnahmen 47.85 Mark; Gesamteinnahmen mit dem Bestande 635.92 Mark. Die Gesamtausgaben betragen 605.54 Mark. Nach dem Bericht wird dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. Die Neuwahl des Vertrauensmannes wurde unter Punkt 4 vorgenommen. Gewählt in Colloge Klasse I, als dessen Stellvertreter Colloge Schipke. Zu Revisoren ernannte die Versammlung die Collegen Wasmann und Thinel. Aus Anlaß eines Ausstandes der Firma Schaff gelangte noch der Beschluß zur Annahme, den drei Collegen, welche durch denselben geschädigt wurden, für eine Woche eine Unterstüzung zukommen zu lassen. - Von Wichtigkeit ist die Mittheilung, das Sonnabend, den 1. Juli, im Saale des Residenztheaters eine öffentliche Töpfer-Versammlung stattfindet, in welcher Colloge Heine aus Hamburg einen Vortrag halten wird. - ch.

Gerichtliches.

Berlin. Proceß Ablwardt. Der Proceß gegen den Rector aller Deutschen wegen Beleidigung der Gesamtheit der preussischen Beamten, insbesondere auch der Behörden und Beamten des Justizressorts, begann durch eine Rede über „Unsere Justiz“, welche der Angeklagte am 29. October 1891 im „Anniemilischen Verein“ zu Essen gehalten hat, beschäftigte nach mehrmaliger Vertagung heute abermals die zweite Strafkammer dieses Amtsgerichts. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Brauwerter, die Anklage vertrat Staatsanwalt Fiedel, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Hertwig. Letzterer plaidirte für Freisprechung. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis für den Vorsitzenden des Staatsministeriums und den Justizminister. Nach kurzer Verathung verkündete der Vorsitzende das Urtheil. Dasselbe lautete auf drei Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis.

Leipzig, 28. Juni. Das Urtheil im Landesvertrathsproceß gegen Johrer. Heute Mittag, halb 1 Uhr, wurde das Urtheil in dem Landesvertrathsproceß gegen den Gastwirth Emil Johrer aus Biesheim im Saal verkündet. Der Angeklagte wurde wegen versuchten Landesvertraths zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Außerdem wurde auf Einziehung von dem beschlagnahmten Notizbuche des Angeklagten befählichen Stize eines Forts (von Neu-Breisach) erkannt. Für die Begründung des Urtheils wurde wegen zu befürchteter Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Es ist dies der erste vor dem Reichsgerichte durchgeführte Proceß, über dessen Sachverhalt gar nichts bekannt gegeben wurde.

Parlaments-Berichte.

Original-Berichte der „Volksmacht“.
Abgeordnetenhaus.
 82 Sitzung
 Mittwoch, den 23. Juni 1893. - 11 Uhr.
 An Stelle des verstorbenen Abg. Barth (fr.) wird der Abg. Schumacher zum Schriftführer gewählt.
 Bezüglich der Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer pro 1891-92 beantragt die Rechnungscommission die Ertheilung der Decharge. Das Haus beschließt demnach.
 Es folgte der vom Abg. Janzen erhaltene Bericht der Rechnungscommission über die allgemeine Rechnung pro

1889-90. Die Commission beantragt die Genehmigung der Etatsüberschreitungen und Entlastung der Staatsregierung. Die Anträge der Commission werden angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung sind die Berichte der verstärkten Budgetcommission und der Rechnungscommission, betr. die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben pro 1891-92.

Die verstärkte Budgetcommission, welcher die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zu überreichen sind, beantragt: 1. Genehmigung der Etatsüberschreitungen, 2. die Staatsregierung zu der Ermägung aufzufordern, ob nicht bei Ueberschreitung eines beschleunigten Enteignungsverfahrens eine Aenderung des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 nothwendig und unbeschadet der Rechte der Grundeigentümer herbeizuführen wäre, 3. die Staatsregierung zu einer dahingehenden Aenderung des Gesetzes vom 27. März 1882 aufzufordern, daß der Staatsbauhaushalt und die Staatsfinanzen besser als seither gegen die störenden Wirkungen der schwankenden Ueberschüsse der Staatsbahnerverwaltung geschützt, und der letzteren nicht die Lösung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben erschwert wird.

Berichterstatter ist der Abg. Dr. Hammacher (natl.) Die Rechnungscommission (Berichterstatter Dr. Sattler) beantragt: 1. die im Vorjahre wegen der Wahlen des Instituts für Instruktion anstellten in Berlin gemachten Vorbehalten für erledigt zu erklären, 2. die vorgekommenen Etatsüberschreitungen von 113 371 397 M. 8 Pf., sowie die noch nicht genehmigten außeretatmäßigen Ausgaben von 2520 099 M. 42 Pf. nachträglich zu genehmigen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Sattler (natl.) erklärt Minister Thielen: Das Betriebsergebnis der Eisenbahnverwaltung von 1892-93 stellt sich nach dem endgültigen Jahresabschluss dahin: Die Einnahme sollte nach dem Etatsvorschlag betragen 966 283 000 M., in Wirklichkeit hat die Einnahme betragen 920 942 000 M., daher ist in Wirklichkeit die Einnahme gegen den Etat zurückgefallen um 45 340 000 M. oder 4,9 pCt. Die Ausgabe sollte betragen 595 566 000 M., in Wirklichkeit betrug dieselbe 581 052 000 M., mithin gegen den Etat weniger 14 510 000 M. oder 2,5 pCt. Der Ueberschuß sollte betragen 370 723 000 M., er betrug in Wirklichkeit 339 396 000 M., also weniger 30 830 000 M. oder 9,1 pCt. Dieser Abschluß muß gegenüber den früheren Befürchtungen als ein wider Erwarten günstiger angesehen werden. Der Etat ist nach den strengsten Vorschriften der Vorsicht aufgestellt und daß sich der Abschluß so viel günstiger stellt, als erwartet wurde ist in erster Linie das Verdienst der ausgezeichneten Pflichttreue der mit unterstellten Eisenbahnverwaltung.

Abg. Schöller (fr.) spricht seine Befriedigung über die Mittheilungen des Ministers aus.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) erklärt sich in demselben Sinne und verweist darauf, daß dieselben die Nothwendigkeit der Annahme der Commissionen anträge ergebe.

Minister Thielen erklärt, daß die Staatsregierung die Hoffnung nicht aufgabe ein Eisenbahngarantiegesetz im nächsten Jahre vorlegen zu können. Was die Anträge der Commissionen anlangt, so könne er sich Namens der Staatsregierung darüber nicht erklären, er persönlich stehe denselben sympathisch gegenüber. Das Enteignungsgesetz anzuwenden, so sei er mit dem Finanzminister darüber in Verhandlung getreten, ob die hervorgerretenen Uebelstände nicht vorläufig im administrativen Wege beseitigt werden können.

Abg. Rickert (fr.) kann in den Mittheilungen des Ministers eine große Beuhigung nicht finden, wemgleich ein weniger ungünstiger Abschluß erzielt sei, was man erwartete. Der Minister könne nicht verbürgen, daß Ersparnisse nicht am unrichtigen Ort gemacht seien, namentlich bei den Löhnen und Gehältern der unteren Beamten. Die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Resolutionen, bezüglich des Eisenbahngarantiegesetzes dürfe nicht überschätzt werden.

Die Anträge der verstärkten Budget- und Rechnungscommission werden angenommen.

Der Gelegenheitswurf, betreffend die Deckung von Ausgaben des Jahres 1891-92 wird ohne Discussion in zweiter Lesung angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Antrag des Abg. Dr. Eckels (natl.), betreffend die Aufhebung des Staffel-Tarifs für Getreide, Mühlen- und Malzfabrikate.

Der Antrag lautet: „Die Staatsregierung zu ersuchen, den vom 1. September 1891 und 17. December 1892 persuchsweise eingeführten Ausnahmearif mit ermäßigten Frachtsätzen (Staffeltarif) für Getreide, Mühlen- und Malzfabrikate schleunigst wieder aufzuheben.“

In Verbindung damit steht der Antrag des Abgeordneten Schöller (fr.), welcher die Staatsregierung ersuchen will, Ermittlungen über die Wirkungen der Staffeltarife anzustellen und eine Frachtermäßigung auch auf kürzere Entfernungen in Erwägung zu ziehen.

Abg. Dr. Eckels (natl.) begründet seinen Antrag in längeren Ausführungen, durch welche er nachzuweisen sucht, daß der Staffeltarif eine sich von Tage zu Tage steigende schwere Schädigung der Landwirtschaft, der Mühlenindustrie und des Getreidehandels in denjenigen Landestheilen herbeigeführt habe, welche ihre Absatzgebiete für Getreide- und Mühlenfabrikate hauptsächlich im Westen und Süden von Deutschland haben. Die Angelegenheit nach dem Antrage Schöller hinauszuschieben, sei unzulässig, da die Fabriken u. die Gemerke haben müßten über die Aufhebung des Tarifs, um ihre Vorkehrungen danach zu treffen.

Minister Thielen: Ich befinde mich in einer eigenthümlichen Lage, denn ich soll mich verantworten wegen einer Tarifermäßigung, welche auf Andrängen beider Häuser des Landtages eingeführt ist. Unter den gegenwärtigen Umständen ergeht mir die Aufhebung des Tarifs bedenklich, denn die Einführung der Staffeltarife wurde als eine wirtschaftlich und finanziell richtige Maßregel bezeichnet und dies hat auch die angestellte Untersuchung ergeben. Die Staatsregierung hat die Staffeltarife nicht aus finanziellen Rücksichten eingeführt, sie wird dieselben auch nicht aufrecht erhalten, wenn sie sich davon überzeugt, daß sie die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes schädigt. Diese Ueberzeugung hat die Regierung bezüglich des Getreides noch nicht erlangt, bezüglich der Mühlenfabrikate schweben Ermittlungen, die

noch nicht abgeschlossen sind. Die Staatsregierung kann sich nicht der Ueberzeugung entziehen, daß eine Aenderung der ungünstigen Lage der östlichen und nördlichen Landwirtschaft eintreten mußte. Als notwendige Aenderung ergab sich die Ermäßigung der Tarife. Noch niemals ist eine Aenderung der Tarife vorgekommen worden, ohne daß sich daraus eine Verschiebung in den Produktionsverhältnissen der einzelnen Landesheile ergeben hätte. Es ist dies ganz natürlich. Wir müssen aber den wirtschaftlichen Bedürfnissen auch in der Entwicklung unserer Tarife folgen, weil sonst eine Stagnation eintritt. Die Eisenbahnverwaltung ist sich ihrer schweren Verantwortlichkeit bewußt. Der Staffeltarif bot die günstigsten Aussichten für die Erreichung der vorgeschriebenen Ziele; er zeigt seine Begünstigung nur da, wo sie notwendig ist. Alle unsere Nachbarn haben Staffeltarife, gerade diejenigen, die uns in Bezug auf Getreide die stärkste Konkurrenz bereiten. Die Russen fahren ihr Getreide noch viel billiger als wir. Heben wir den Staffeltarif auf, die ganze Nachbarschaft freut sich. Die Aufhebung würde eine Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen, die wir heute noch nicht übersehen können. Der Minister geht dann ausführlich auf eine Widerlegung der Ausführungen des Antragstellers ein und hebt besonders hervor, daß die geringen Nebelstände, welche der Staffeltarif für einige Theile des Landes herbeiführt, nicht so schwer seien, daß man gegenüber den Vorteilen, welche der Production daraus erwachsen, zu einer Aufhebung der Staffeltarife gelangen könne. Was die Mühlenfabrikation angeht, so glaubte die Staatsregierung, dieselben nicht anders behandeln zu dürfen, umal es sich um einen Versuch handelt. Das Malz anlangend, so hat sich die Regierung in Folge der an sie ergangenen bringenden Petitionen entschlossen, dasselbe in den Staffeltarif aufzunehmen, es ist aber auch diese Frage eine Versuchsfrage im eminentesten Sinne. Der Staffeltarif beruht auf wirtschaftlichen Grundätzen; für die Landwirtschaft und Industrie hat der Staffeltarif eine besondere Berechtigung, er wärmt die Landwirtschaft und Industrie und die inländische Production gegen die ausländische und er ist für das fisciatische Interesse von Vortheil. Die Staatsregierung erachtet daher die Beibehaltung des Staffeltarifs im gegenwärtigen Moment durchaus für nützlich. (Lebhafte Beifall.)

Die inzwischen festgestellte Rechnerliste ergiebt 24 Redner für und 15 gegen den Antrag C. d. S.

Abg. Schöller (rc.) rethorisiert hierauf seinen Antrag, bleibt aber auf der Tribüne im Wesentlichen unverändert. Wollte man z. B. den deutschen Brauereien die Konkurrenz mit dem Auslande, namentlich mit Oesterreich erleichtern, so dürfte man das Malz nicht mit zu hohen Frachtkosten belasten. Die Landwirtschaft des Westens operire in ihrer Agitation gegen die Staffeltarife nur mit Schlagwörtern. Es sei durchaus nicht richtig, daß nur der Handel und die Landwirtschaft im Osten oder das Ausland Vortheile von den Staffeltarifen habe.

Hierauf wird die weitere Berathung auf Freitag, 11 Uhr verlagert.

Schluß nach 3 1/2 Uhr.

Vermischtes.

(Sechshunderttausend Meter über der Erdoberfläche.) Den Herren Gustav Hermite und Besancon ist es nach der „Köln. Zeitung“ gelungen, einen kleinen, mit selbstregistrierenden Instrumenten versehenen Ballon bis zur Höhe von 16 000 Metern emporzuschicken. Es ist dies die größte Höhe, welche jemals ein Ballon in unserer Atmosphäre erreicht hat. Der Ballon hat ein Volumen von 113 Kubikmetern und war mit gewöhnlichem Leuchtgas gefüllt. Das Ganze wog 17 Kilo. Die Hauptabsicht war, das Gesetz der Temperaturabnahme in den höchsten Luftregionen zu ermitteln. Die Auffahrt fand statt am 21. März bei schwachem Winde und klarer Luft. Der Ballon erhob sich mit einer Steigkraft von ungefähr 65 Kilo in durchschnittlicher vertikaler Geschwindigkeit von acht Metern in der Sekunde. Nach Ausweis der selbstregistrierenden Instrumente stieg diese Geschwindigkeit auf 9,2 Meter in der Höhe von 7000 bis 10 000 Metern. Beim Abstieg, der mit 2,4 Meter Durchschnittsgeschwindigkeit erfolgte, haben die Instrumente keinerlei Schaden erlitten. Der Ballon stieg so hoch, daß das Barometer nur 103 Millimeter Druck anzeigte, das etwa 16 000 Meter über dem Meeresspiegel entspricht. Das Thermometer zeigte als niedrigste Temperatur 51 Grad C. unter dem Gefrierpunkt in einer Höhe von 12 500 Metern, was auf eine Temperatur-Abnahme von ein Grad für durchschnittlich 186 Meter Höhenzunahme führt. Ueber die Höhe von 12 500 Meter hinaus zeigte die Karte der Temperatur und des Druckes eine Ueberbrechung in Folge des Gefrierens der Flüssigkeit in den Registrirohren. In der Höhe von nahezu 16 000 Metern stieg das Thermometer wieder, und zwar bis auf — 21 Grad C. Diese Wärmezunahme wurde aber nur hervorgerufen durch die Strahlung der Sonne auf den Korb, in welchem sich die Registriroinstrumente befanden. Die directe Wärmestrahlung der Sonne wächst nach den Thermometer-Aufzeichnungen hauptsächlich mit zunehmender Höhe über den Boden, während die Lufttemperatur rasch sinkt. Der Ballon blieb mehrere Stunden unverändert in der Höhe von 16 000 Metern in welcher 7/8 der Atmosphäre unter ihm lagen. Eine Vorrichtung war an dem Ballon angebracht, um in der Höhe eine große Anzahl von Fragearten auszustreuen, und zwar durch Verbrennen einer Zündschnur. Allein Letztere brannte in jener großen Höhe nicht vollständig ab, wahrscheinlich, weil es dort oben an genügendem Sauerstoff fehlte. Dem ersten gelungenen Versuche, die Atmosphäre in Höhen von zwei deutschen Meilen zu erforschen, dürften bald andere folgen, so daß wir hoffen können, die Zustände des Luftmeeres auch in jenen Regionen kennen zu lernen, wohin Menschen direct niemals gelangen können.

Nachtrag.

Nieger's Heilmittel gegen Diphtherie.

Nachdem der Breslauer Aerzteverein die Mitwirkung bei der Prüfung des Nieger'schen Mittels abgelehnt hatte, erholten sich nach Uebereinkunft mit der Laiencommission die

Aerzte Dr. Beuthner, Haehndel, Hirschberg, Robert Krause und Krawczynski im allgemeinen Interesse eine vorurtheilsfreie, sachgemäße Prüfung der Heilwirkung des obengenannten Mittels vorzunehmen. Die Nieger'sche Commission verpflichtete sich, alle in Breslau von Nieger zu behandelnden Fälle der Aerztecommission mitzutheilen, damit vor der Pinfelung die Art der Erkrankung festgestellt werden könne. Die Aerzte bildeten zwei Commissionen: eine für den Weinen (Haehndel, Krawczynski, Krause) und eine für den Oenen (Beuthner, Hirschberg, Krause). Während der Beobachtungszeit hat nun Herr Nieger eine Anzahl von Fällen behandelt, unter denen alle Formen der Halsentzündungen von der einfachen Mandelentzündung bis zur schwersten Diphtherie, vertreten waren. Die Aerztecommission, welche alle von Nieger behandelten Fälle vor und nach der Pinfelung genau untersucht und beobachtet hat, hält sich auf Grund der vorhandenen Krankengeschichten für berechtigt und verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen einstimmig folgendes Urtheil abzugeben:

1. Herr Nieger ist nicht im Stande, eine einfache Mandelentzündung von Diphtherie zu unterscheiden, denn er erklärt rüchhaltlos jede Halsentzündung für Diphtherie.

2. In keinem der beobachteten Fälle hat das Nieger'sche Mittel irgend welchen Erfolg gehabt; denn die schweren Fälle sind ohne Ausnahmen trotz Anwendung des Mittels tödtlich verlaufen, ein mittelschwerer Fall mit anfangs günstiger Voraussage, wurde trotz der Behandlung zu einem schweren und endete mit dem Tode, während die übrigen mittelschweren und leichten Fälle von Diphtherie in ihrer Dauer und in ihren sonstigen Erscheinungen in keiner Weise durch das Mittel günstig beeinflusst wurden.

Die aus übrige Darstellung der vorhandenen Krankengeschichten, sowie die Würdigung der von der Laiencommission aufgestellten Statistik der Nieger'schen Heilerfolge bleibt einer später zu veröffentlichenden Broschüre vorbehalten.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 27. Juni.

Eheschließungen. I. Arbeiter Carl Schulte, ev., mit Ernestine Herlitzke, genannt Goldmann, ev., hier. — Arbeiter Georg Reinert, kath., mit Ida Jach, kath., hier. — Kleischer Carl Wielsch, ev., mit Hedwig Nieger, kath., hier. — II. Bäcker Franz Walle, kath., mit Martha Raboth, ev., hier. — Bäckermeister Robert Milch, kath., mit Franziska Schneider, kath., hier. — Ober-Arzt Ludwig Bensch, kath., mit Helena Fuch, kath., hier. — Gen. u. e. Gärtner Josef Baar, kath., in Kopplitz, mit Anna Latuszky, kath., hier. — Pract. Arzt Dr. med. Emil Eisner, jüd., Ratibor, mit Olga Roth, jüd., hier. — Wirtschaftspr. Inspector Oswald Bohl, ev., Wöschmischewitz, mit Wittme Figner, Johanna, geb. Jahnke, ev., hier. — III. Arbeiter Gustav Scheibel, kath., mit Martha Raschmann, kath., hier. — Hilfsbrenner Joseph Barlik, kath., mit Pauline Kusch, geb. Böhm, ev., hier. — Barbier Oscar Dill, ev., mit Anna Rinke, kath., hier. — Schiffscapitän Reinhold Woyde, ev., mit Amanda Plath, ev., hier.

Todesfälle. I. Emma, T. des Arbeiters Wilhelm Mößler, 2 J. — Arbeiterin Apollonia Gidel, 65 J. — Annie, T. des Uhrmachers Emal Häner, 2 J. — Walter, S. des Schmiedes Gustav Baumgart, 15 J. — Fröh, S. des Schuhmachers Carl Wallasch, 16 J. — Arbeiterfrau Rosalie Langner, geb. Orgoth, 62 J. — Arbeiterfrau Dorothea Schirdeman, geb. Farr, 82 J. — Dienstmann Ernst Schönfeld, 66 J. — Haushälter Paul Buttle, 36 J. — Schuhmannswittwe Auguste Nagel, geb. Müller, 31 J. — Müllergehilfe Ernst Kalusche, 43 J. — Verkäuferin Auguste Schippe, 32 J. — Margarethe, T. des Schuhmachers Johann Gruscha, 2 M. — II. Heene, T. des Schuhmachermeisters Robert Wiesiolek, 3 J. — Arbeiter Wilhelm Kunze, 43 J. — Mag. S. des Locomotivheizers Johann Bede, 5 M. — Frau Rechnungsrath Josefa Franz, 78 J. — Schlofferfrau Pauline Matzke, geb. Kammer, 31 J. — Clara, T. des verstorbenen Arbeiters Paul Silberstein, 14 J. — Pauline, T. des Arbeiters Carl Ramsel, 6 M. — Erblass Johann David Kitzmann, 65 J. — Fröh. Lohnbdiener Franz Wesner, 78 J. — III. Kurt, S. des Schuhmachermeisters August Richter, 4 M. 15 J. — Haushälterin Johanna Heumann, geb. Wegig, 38 J. — Emma, T. des Arbeiters Carl Mücke, 1 J. 9 M. — Seminarlehrersfrau Elisabeth Freund, geb. Erbe, aus Steinau a. D., 39 J. — Kurt, S. des Schneiders August Memich, 1 J. 6 M. — Apotheker Paul Landeck, 48 J. — Auguste, T. des Maurers Karl Samietz, 2 J. — Cigarren-Verkäuferin Wittme Anna Biastowski, geb. Bohl, 60 J. — Karl, S. des Schriftsehers Gustav Tilgner, 8 M. — Arbeiter Gustav Schwente, 43 J. — Georg und Margarethe, Zwillingkinder des Arbeiters Paul Zimmermann, 13 J. — Pöschgelle Johannes Rindfleisch, 19 J. — Richard, S. des Lederfärbers Wilhelm Dirking, 6 M. — Mag. S. des Tischlers Oscar Bohl, 6 Wochen. — Martha, T. des Arbeiters August Rother, 3 J. 8 M. — Kaufmann Paul Ohlmann, 42 J. — Arbeiter Hermann Vogel, 88 J. — Barbier Julius Land, 31 J. — Gertrud, T. des Bäckermeisters Franz Hoffmann, 2 J. 6 M. — Clara, T. des Stubensmalers August Ester, 2 Wochen. — Hedwig, S. des Steinarbeiters Karl Nase aus Eschirnik, Kreis Jauer, 4 J. — Robert, S. des Arbeiters Carl Glasneck, 8 W. — Arbeiterfrau Friederike Opay, geb. Leichmann, 65 J. — Wächterswittwe Katharine Wyppler, geb. Butlig aus Hornitz, Kreis Ratibor, 55 J. — Bruno, S. des Gärtners Willy Zimmermann, 5 M. — Wilhelm, S. des Arbeiters Wilhelm Jüttner, 1 J. — Margarethe, T. des Lichtdruckmaschinenmeisters Hugo Lange, 6 M. — Früherer Kutscher Franz Kolenda, 73 J. — Elisabeth, T. des Tischlers Paul Brückner, 10 M. — Ernst, S. des Kutschers Gottlieb Deutsch, 6 M. — Anna, T. des Tischlers Otto Gressinger.

Vom 28. Juni.

Heiraths-Ankündigungen. I. Haushälter Oskar Schläpfe, kath., Victoriastr. 17, und Anna Henschel, kath., Döhlauerstr. 1. — Schneider Andreas Kwiaton, kath., Altbückerstr. 25, und Anna Uebermuth, kath., Reberberg 11. — II. Zahnarzt Dr. Paul Freund, jüd., Neue Schweißdriegerstraße 12 und Hedwig Schweitzer, jüd., Nicolaiplatz 18. — Schloffer Herm. Schmidt, ev., Gräbischerstr. 95, und Hulda Bachmann, ev., Zietzenstr. 3. — Schubiener Robert Nagge,

ev., Gartenstr. 11, und Theresia Kopale, kath., Freiburgerstr. 24. — III. Buchdrucker-Arbeiter Heinrich Hückner, kath., Kreuzstr. 16, und Ottilie Morawe, ev., Kreuzstr. 37. — Berichtung. In den Heiraths-Ankündigungen I. vom 26. Juni soll es heißen: Cigarrenmacher Gottfried Schönbach, ev., Stockgasse 28, und Witwe Marie Schelens, geb. Weigmann, kath., daselbst. — Eheschließungen. I. Bäckermeister Carl Schnizer, kath., mit Ida Janus, ev., hier. — Bäckermeister Reinhold Herrmann, ev., mit Hedwig Pantoczek, kath., hier. — Bäckermeister Hermann Die, kath., Reiner, mit Anna Walter, kath., hier. — Korfschneider Carl Strenner, ev., mit Selma Raupach, ev., hier. — Gemeinbeschreiber Carl Rosemann, ev., Jordanmühl, mit Anna Franke, ev., Dantow. — III. Arbeiter Rudolf Schür, ev., mit Christiane Leipe, ev., hier. — Dentillateur Max Wittmann, ref., Slogau mit Emilie Tilgner, ev., hier. — Kutscher Carl Glasert, ev., mit Clara Walter, ev., hier.

Breslau, 28. Juni. (Amtlicher Producten-Preisen-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Juni 141.00 G., Juni-Juli 141.00 G., September-October 150.00 B. — Hafer (per 1000 Kilogramm) per Juni 161.00 G. — Rüböl (per 100 Kilogramm) — gefülligt — Str., loco in Qualitäten a 5000 Kilogramm — per Juni 50.50 B., per September-October 51.50 B. — Spiritus per 100 Ltr. (a 100 pCt ohne Faß) excl. 50 und 70 Ml. Verbrauchsabgabe, gel. — Ltr., abgelaufene Rübölqualitätspreise — per Juni 50 er 56.70 B. 70 er 36.70 B.

Breslau, 28. Juni. Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 23.75 bis 24.25 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 22.50 — 23.00 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,80 — 9,20 M., b) ausländisches Fabrikat 8,60 — 9,00 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sac 21.75 — 22.25 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,80 — 10,20 M., b) ausländisches Fabrikat 9,40 — 9,80 M.

Briefkasten.

G. B., Kunzendorf. Sie haben bis jetzt einen Bericht geschrieben und der ist in der „Volkswacht“ erschienen, für die der Redaktion der nicht zugetheilten Berichte kann die selbe unmöglich verantwortlich gemacht werden. — Im Uebrigen eruchen wir Sie, deutlicher zu schreiben, sonst wandern die Mittheilungen trotz ihrer Drohung in den Papierkorb. — Auch wollen wir Ihnen empfehlen, der Redaktion gegenüber einen höflicheren Ton anzuschlagen; wenn Ihnen etwas nicht paßt, dann thun Sie, was Ihnen beliebt.

Ein Genosse. Wir müssen Sie nun doch aber ersuchen, uns ihren Namen und Adresse anzugeben. Daß Ihr Name von der Redaktion der „Volkswacht“ nicht verrathen wird, das müßten Sie wahrlich doch wissen; wir brauchen ihn aber, um uns von der Glaubwürdigkeit Ihrer Angaben versichert zu halten. Die Redaktion.

X-Referent. Es ist unmöglich, im letzten Augenblicke Artikel in die Wochen-Ausgabe zu nehmen, weil Mittwochsabend Schluß der Manuscriptlieferungen eintrifft; was später kommt, bleibt leider 8 Tage liegen. Diesmal habe ich es als Ausnahme gelten lassen. Besten Gruß.

Quittung über die vom 20. bis 26. Juni zum Wahl-fond eingegangenen Gelder:

G. L., Gräbchen	Mt. 1,—
A. S.	1,40
Zimmermann L.	—,50
G.	1,—
Aus der gemüthlichen Ecke bei Doros vom rothen Bl.	—,50
Von Guttmanns von Staatspielern durch Steiniz	1,—
Zum Wahlfonds	1,—
Aus Kamitzsch	12,—
Gesammelt von Tischler Genossen am Lohnstage	3,—
Henschel, Müller	3,—
Sammeliste Nr. 18	4,—
Liste Nr. 109	8,95
Hkn, Bons	3,—
Aus Häslich	10,—
Von Pgl., Bons	2,—
Liste 201	1,80
Listen 82, 128, 131	17,60
Umgefallene Centrunsbilder Klein-Tischlerisch	2,50
Hl., Bons	3,—
Liste 15	1,70
G. E.	1,60
Eine freizeitsliebende Breslauerin	13,—

Wilhelm Langner.

Quittung der Agitations-Commission über die vom 29. April bis 26. Juni eingegangenen Gelder.

Aus Freystadt Liste Nr. 28	7,55 Mt.
Durch Veranstaltung einer amerikanischen Auction in Villa Diebich durch W.	4,50
Aus Steinau a. d. D.	2,—
Aus Strehlen	4,—
Liste Nr. 45	9,25
Kamitzsch und Trachenberg auf Ritten	9,55
Falkenberg OS.	3,—
Liste 56	1,30
Liste 62 und 63	—,90
Liste 46	8,55
Liste 60	10,15
Strehlen	—,25
Listen 47 48	12,15
Listen 50 51	7,70
Listen 64, 65, 66	8,80

Summa 85,25 Mt.

Wilhelm Langner.

Theater-Nachrichten.

Vom Sonnabend, den 1. Juli an finden die Vorstellungen des **Lobe-Theater-Ensemble's** unter meiner persönlichen Leitung in dem von mir erbauten **Residenz-Sommer-Theater**

Nicolai-Strasse 27
 statt. Eintrittspreise und Eintheilung der Plätze bleiben dieselben wie im vorigen Sommer. Der Billet-Verkauf für das **Residenz-Sommer-Theater** ist bei **H. Langensmayr**, Schulbrücke 81, Ecke Junkerstrasse. Derselbe findet von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags statt.
 Breslau, den 29. Juni 1893.
Fritz Witte-Wild.

Lobe-Theater.

Donnerstag:
 Gastspiel Josef Josephi.
 Erstes Wiederauftreten von **Willy Koblant**
 Zum letzten Male:
 „Die Jungfrau von Belleville.“
 Freitag:
 Gastspiel J. Josephi a. G. und **Ludowika Wallner**
 Zum letzten Male:
 „Der Vogelhändler.“

Residenz-Sommer-Theater.
 Direction: **Fritz Witte-Wild.**
 Heute Donnerstag und morgen Freitag wegen Renovation geschlossen.
 Sonnabend den 1. Juli 1893:
 Schöpfungsvorstellung des **Lobe-Theater-Ensemble's**
 Gastspiel **Josef Josephi.**
 Zum ersten Male:
 „Heisses Blut.“

Strass. Klagen, Eingaben, Rath bill. Dresser's jur. Bur. Neuschest. 25. 1074

Büsten-Karten 75 Pf., 100 Briefbogen u. 100 Couverts 50 Pf., 10 Pf. Schreibhefte, Duzend 75 Pf., Familien-Anzeigen u. sämtliche Drucksachen schnell, sauber u. billig. **Papier-Handlung und Druckerei** 1016 Hoge Kreisbamer, Schmiedebrücke 67, dicht am Ring

Wilh. Langner's Cigarren-Fabrik, 1069 Bismarckstrasse 38 empfiehlt sein Lager selbstgefertigter Cigarren einer geneigten Beachtung

Th. Winter, 14 Große Groschengasse 14 empfiehlt sein Lager fertiger Herrenstiefel und Samaschen 945 zu billigsten Preisen. Nur Handarbeit.

Polster-Werg, Hochseer, Agara, Indiasaser, Alpengras, Segras, Federn, Möbelschnur, Gurte, Bindfäden, Stränge, Seile, Wäscheleinen, Hängematten, Netze. Taschen empfiehlt billigst 1050

Jul. Moritz, 44, Kupferschmiede-Str. 44. 1045

Goldne 60. Goldne 60. Achtung. Nach dem großartigen Wahlerfolg empfehle ich jetzt bei mir zu wählen die außerordentlich gut gearbeiteten **Leidungshüte** ich empfehle 1000 compl. Anzüge, hoch elegant von 10-20 Mk. 1045 1000 paar Bekleidungs-3-5 Mk. 1000 engl. Leder- und Sammet-Tasche zu enorm billigen Preisen. Jeder Käufer erhält ein **schönes Präsent.**
Paul Brinnitzer.
 Geldne 60. Geldne 60.

Gefangs-Abtheilung des sozialdemokratischen Vereins.

Jeden **Freitag Uebungsstunde** pünktlich **8 Uhr** unter einem tüchtigen Dirigenten im Vereins-Lokal zu den „**Drei Tauben**“, **Neumarkt Nr. 8.**
Der Obmann.

Oeffentliche Cöper-Versammlung

Sonnabend, den 1. Juli, Abends 8 Uhr, im oberen Saale der **Breslauer Aktienbrauerei**, Nicolaistraße Nr. 27.
 Tagesordnung: I. Die Organisation. Referent: Kollege **Heinke** aus Hamburg. II. Diskussion. III. Verschiedenes. 1089
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Entree 10 Pf. **Der Einberufer.**

Dhlau.

Sonntag, den 2. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „zur Krone“:
Oeffentliche Bauhandwerker-Versammlung.
 Tagesordnung: Der Kampf um's Dasein und wie derselbe zu führen ist. Referent: **C. Geoffrois** aus Berlin. 1088
 Jedermann hat Zutritt. **Der Einberufer.**

Alle Diejenigen,

welche Mittheilung über Wahlbeeinflussungen, welche von conservativer Seite im Kreise Breslau (Land) Neumarkt vorgekommen, machen können, werden ersucht, sich innerhalb dieser Woche Abends von 6-8 Uhr, Neumarkt Nr. 8, drei Tauben oder jeden Mittag von 12-2 Uhr bei den Genossen **E. Mai**, Schmiedebrücke 50, oder **P. Kühn**, Kurze Gasse 37 zu melden.

1000 Paar Stiefel und Samaschen von 6 Mark an.
A. Hanisch, Neumarkt Nr. 3.

Blousen! 986 **Blousen!**
 in aparten, reizenden Façons und Stoffen von 1 Mark an empfiehlt
54 Schmiedebrücke 54. Max Zerkowski.

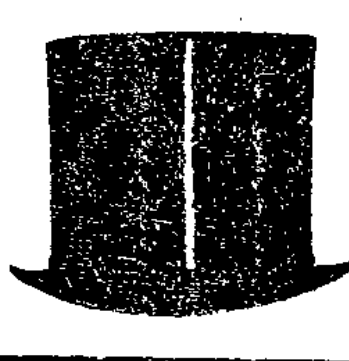
Costume und Kinderkleidchen
 in den neuesten Stoffen und Façons von 50 Pf. an empfiehlt
Max Zerkowski, 54, Schmiedebrücke 54. 986

Echte und halbechte Hosen
 und sämtliche Arbeiter-sachen in anerkannt besten Qualitäten und sehr dauerhaft genäht nur bei
Wilhelm Schwarz, am Neumarkt 1. 1070

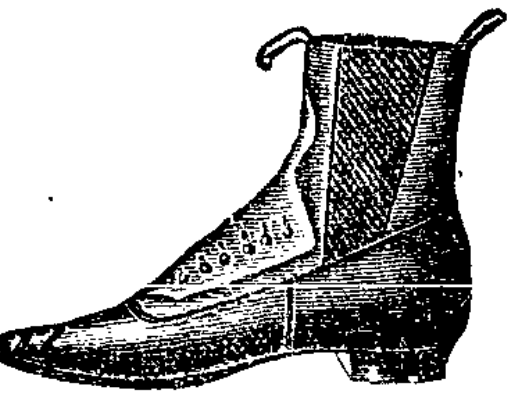
Empfehle mein großes Lager von nur **Prima emaillirten** Blech- und gußeisernen Kochgeschirren, glühfreies bestes Fabrikat; Solinger Stahlwaaren, Eischränke, Gewürz-Stageren u. Schränke, sowie sämtl. Küchen-Utensilien. Ferner empfehle ich gleichzeitig alle Sorten deutsche u. engl. Werkzeuge f. Handwerker z. b. bill. Preisen.
Georg Krause Nachfgr., Breslau,
 Scheitnigerstraße 9, Ecke Adalbertstraße. 1019

Eine Welt- und Lebensanschauung für das Volk
 mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen von **J. G. Vogt**
 in 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pf. = 6 Gr. d. B.
 Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht

Der Kubhandel.
 Zur Reichstagswahl 1893.
 Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch die Colporteurs und die Expedition der Volkswacht.



C. Müller's Hut-Fabrik
 Grünstraße 15, Ecke Palmstraße
 empfiehlt sein 1092
Lager von Filz- und Seidenhüten
 mit **Arbeiter-Controllmarke**
 einer geneigten Beachtung.



Achtung!
 Empfehle den Arbeitern der Scheitn. Vorstadt mein reichhaltiges Lager selbstgefertigtes
Herren-Damen- u. Kinderschuhwerk
 zu soliden Preisen. 1008
E. Gräbsch
 Große Scheitniger-Strasse Nr. 11 und Hirschstraße Nr. 9.

Gute Arbeit

eleganter Sitz und größte Haltbarkeit, dies sind die Eigenschaften, welche man an fertige Herren- und Knaben-Garderobe stellt, selten jedoch findet man diese Factoren vereinigt und zuweilen entspricht keine dieser Eigenschaften den gebesteten Erwartungen. Deshalb empfiehlt es sich und namentlich für den kleinen Mann recht vorsichtig in der Wahl seiner Bezugsquellen zu sein.
 Bei der unterzeichneten Firma wird jedes Stück vor der Verarbeitung auf seine Haltbarkeit geprüft, erste Berliner u. Wiener Schneider leiten das Schneideratelier

und hohes Lohn

erhalten die Arbeiter für die Anfertigung der Kleidungsstücke; es hat daher Niemand zu befürchten irgendwie Benachtheiligt zu werden. 1068
 Der colossale Umsatz und der Einkauf in den ersten Fabriken ermöglichen auch der Firma ihre Fabrikate zu entschieden concurrenzlosen Preisen abzugeben.
 Anzüge aller Arten und Façons für Herren, Jünglinge u. Knaben in den verschiedensten Ausführungen u. Qualitäten, dito Paletots u. Mäntel
 ••••• Röcke, Jaquetts, Reinkleider u. Westen in allen Größen und Preislagen.
 Leichte Sommer-Jaquetts unübertrieben billig.
 Sitzableiter 1,50 Mk.
 Preise streng fest u. auf jedem Stück sichtbar.

S. Guttentag,

Special-Verandhaus und Fabrik von Herren- und Knaben-Garderobe
 Breslau, Ohlauerstraße 76/77, I.,
 Eingang Altbücherstraße.

Stiefel

1087
 und Schuhe für Herren, Damen und Kinder, vorzüglich und billig, bei
M. Thomas,
 31 Friedrich Wilhelmstr. 31.

Aus **Leben und Wissenschaft.**
 Gesammelte Vorträge und Aufsätze von
Dr. Arnold Dodel.
 Ordentl. öffentl. Professor an der Universität Zürich.

Cigarren!

Nur gute Qualitäten in jeder Preislage offerirt billigst 581
P. Wuttke,
 Löschstrasse No. 1
 Ecke Klosterstr.
 (Früher Verkäufer bei E. Lampko vormals Kirschner.)

Erste Lieferung:
Bauer, Arbeiter u. Wissenschaftler.
 Drei gemeinverständliche Vorträge gehalten im Vereinshaus des deutschen Arbeiterbildungsbereichs in Zürich (November und Dezember 1892.)
 130 Seiten Oktav. Preis 75 Pf.
 Mit diesem Heft beginnt der in weiten Kreisen bekannte und hochgeschätzte Verf. der Streitschrift: „Moses oder Darwin eine Schlußfrage.“ eine Serie von allgemeinverständlichen Vorträgen herauszugeben, die allen Freunden der geistigen Entwicklung des Volkes hochwillkommen sein dürften.

Arbeiter wählt 1065
 die Herren- und Knaben-Garderoben-Fabrik von
G. Knauerhase,
 Neumarkt 45,
 zu enger Bezugsquelle. Haltbar feste Stoffe billig. Jeder Versuch ist lohnend.
Grosses Lager, sowie nach Maß ohne Preiserhöhung nur
 Neumarkt 45
 Ecke Kupferschmiedestraße.
G. Knauerhase.

Vereins-Kalender.
 Neustadt O.S.
 Arbeiter-Bildungs-Verein
 Sonnabend, den 1. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Wislauerstraße 262b.
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

